

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4,50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengespartene Poststelle oder deren Raum 150 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 125.

Mittwoch, den 1. Juni 1921.

28. Jahrgang.

Ein Vorschlag Frankreichs.

III. Paris, 1. Juni. In ihrer Antwort auf die englische Note erklärt die französische Regierung, daß sie die Zustimmung, die von London zu dem französischen Vorschlag zur Ernennung einer Sachverständigen-Kommission gegeben wurde, sehr hoch einschätzt, wenn auch natürlich Schwierigkeiten dadurch entstehen, daß die Kommission in Doppelten ihren Sitz haben soll, so nehme sie jedoch den englischen Vorschlag, so weit er die Zusammenberufung des Obersten Rates in dieser Woche betrifft, an. Die französische Regierung hat jedoch noch weitere Bedenken, weil Briand in Paris durch die Bepflichtung im Senat festgehalten wird und der Oberste Rat nur dann mit Erfolg zusammentreten kann, nachdem er von dem Bericht der Sachverständigen Kenntnis erlangt hat und eine Besserung der Lage in Oberschlesien eingetreten ist. Die französische Regierung schlägt eine Reihe von Maßnahmen und Schritten vor, welche die Lage und die Ordnung in Oberschlesien wieder herstellen sollen und zwar:

1. Eine gleichzeitige Aktion der alliierten Vertreter in Berlin und Warschau, um beide Regierungen zur vollkommenen Entwaffnung und Einstellung der Feindseligkeiten in Oberschlesien zu veranlassen.
2. Die Abendung einer gemeinsamen Mitteilung der Interalliierten Kommission in Doppelten, die der Bevölkerung von Oberschlesien den Rat erteilen soll, sich ruhig zu verhalten.
3. Die Ernennung einer Sachverständigenkommission, die die stattgefundenen Verhandlungen zu kontrollieren hat und die geographischen und wirtschaftlichen Fragen prüfen soll, die zur Vorlegung dem Obersten Rat zu unterbreiten sind. Hierauf soll der Oberste Rat zusammenberufen werden, um nach allgemeiner Kenntnis eine Entscheidung zu treffen, die die Ruhe und Ordnung in Oberschlesien wieder herstellen soll.

Vorkonferenz in Boulogne?

London, 31. Mai. (W.B.) „Daily Telegraph“ zufolge hat die britische Regierung Briand vorgeschlagen, entweder morgen oder Donnerstag in Boulogne eine Vorkonferenz zwischen den ersten Ministern Englands und Frankreichs und dem italienischen Votschaffer in Paris abzuhalten, um Einzelheiten des Sachverständigenausschusses zu regeln, dessen Bericht dann etwa innerhalb einer Woche bzw. zehn Tagen nach der Zusammenstellung des Ausschusses einer Vollziehung des Obersten Rates unterbreitet werden könnten.

Dem „d'œuvre“ zufolge ist die französische Regierung bereit, einer Einberufung der Konferenz am Sonntag abend zuzustimmen.

Oberschlesien und Bayern.

London, 31. Mai. Die „Westminster Gazette“ bezüchtet Briands Politik, die Sitzung des Obersten Rates hinauszuzögern, bezweckt, eine vollendete Tatsache zu schaffen, und fragt, wie die alliierten Bayern gegenüber irgendwelcher moralische Autorität bestehen könnten, wenn sie nach Entwaffnung der anderen deutschen Staaten unfähig seien, sie gegen die Polen zu schützen. Das Blatt verurteilt die französische Unregung, im Falle einer Nichtentwaffnung in Bayern das übrige Deutschland durch eine Besetzung des Ruhrgebietes zu bestrafen.

Die erste Aktion der Engländer in Oberschlesien.

III. Doppelten, 1. Juni. Ein Bataillon Engländer, das bereits in Doppelten liegt, hat für den 1. Juni den Auftrag erhalten, Groß-Strechlich im Sturm zu nehmen.

Bayern gibt nach.

Kahr will entwaffnen.

III. München, 31. Mai. Ministerpräsident Dr. von Kahr erklärte heute im Landtagsausschuß, daß die Annahme des Ultimatums eine neue politische Lage geschaffen habe. Die Sorge, ob alles Verlangte und Versprochene erfüllt werden könne, dürfe uns nicht abhalten, mit aller Energie an die Ausführung zu gehen. Jetzt dürfe es keinen anderen Willen geben als den, das Versprochene, soweit es überhaupt erfüllbar sei, zu erfüllen. Das ganze deutsche Volk müsse jetzt eine Einheitsfront der Leistenden bilden. Durch die entgegenstehenden Schwierigkeiten dürfen wir uns nicht abschrecken lassen. Die Frage der Reparation einerseits und die Auflösung der Selbstschutzorganisationen andererseits ständen zu einander in unlösbarem Widerspruch. Die bayerische Regierung ist in Übereinstimmung mit der Reichsregierung entschlossen, bei der Entwaffnung der Einwohnerwehren ihr möglichstes zu tun, damit der Termin möglichst eingehalten werde. Dagegen hält die bayerische Regierung daran fest, daß die Einwohnerwehren nicht unter Artikel 177/78 des Friedensvertrages fallen. Die Reichsregierung sei gebeten worden, diese Stellungnahme den alliierten Mächten mitzuteilen und je nach Stellungnahme der Alliierten durch die Reichsregierung ihre Entscheidungen zu treffen. Eine lokale Stellungnahme der bayerischen Regierung sei selbstverständlich. Die Leitung der bayerischen Einwohnerwehren werde von sich aus freiwillig im Benehmen mit dem bayerischen Entwaffnungskommissar die notwendigen Maßnahmen treffen. Mit der Durchführung der Entwaffnung bringe die bayerische Regierung ein Opfer, das nur durch den Druck der angewandten Gewalt und den der Reichsregierung gerechtfertigt sei.

Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten gaben die Koalitionsparteien ihrerseits eine kurze Erklärung ab, welche das Einverständnis mit den Darlegungen des Ministerpräsidenten zum Ausdruck brachte, Herrn von Kahr das Vertrauen auszusprechen und die Überzeugung auszudrücken, daß der Ministerpräsident den Weg gehen werde, der durch die Liebe zum Reiche und zu Bayern vorgezeichnet sei.

Die Sozialdemokraten erklärten, daß die Regierung und Koalitionsparteien sich heute zu dem Standpunkt befannten hätten, den von jeher die Sozialdemokraten vertreten hätten.

Nachdem der Kommunist Wender und der Unabhängige Hareis erklärt hatten, zu Herrn von Kahr nicht das Vertrauen zu haben, daß er die Entwaffnung loyal durchzuführen werde, stellte der Ministerpräsident noch einmal fest, daß Bayern keine Sonderverhandlung pflege, sondern im Einverständnis mit der Reichsregierung vorgehe. Damit schloß die Aussprache.

Die gestrige Sitzung des Reichskabinetts.

III. Berlin, 1. Juni. Die gestrige Sitzung des Reichskabinetts ergab eine volle Übereinstimmung über die Rangierklärung, die heute nachmittag im Reichstage erfolgen wird. Ueber die Steuerpläne und die anderen Wege, zur Deckung der Reparationskosten wurden grundsätzliche Richtlinien festgelegt. Der „Berliner Lokalanzeiger“ bemerkt betreffend die Aufbringung der Reparationsmittel, daß der Kanzler ohne die positive Mitarbeit der anderen im Kabinett nicht vertretenen Parteien dieser Aufgabe nicht Herr werden wird.

Keine Umbildung des Preussenkabinetts.

Berlin, 1. Juni. Nach Informationen des „Berliner Lokalanzeigers“ steht eine Umbildung des preussischen Kabinetts gemäß dem Reichskabinett auch jetzt noch keineswegs unmittelbar bevor.

Ankauf von Gold durch die Reichsbank.

III. Berlin, 1. Juni. Die Reichsbank gibt bekannt, daß wegen der finanziellen Verpflichtungen infolge des Ultimatums das Reichsfinanzministerium sich entschlossen hat, durch Vermittlung der Reichsbank und der Reichspost Gold zu einem dem Weltmarktpreis ungefähr angepassten Preise anzukaufen zu lassen. Goldene Schmuckgegenstände und Gebrauchsgegenstände bleiben vom Ankauf ausgeschlossen.

Major Müller-Brandenburg abgesetzt.

III. Berlin, 1. Juni. Das thüringische Staatsministerium hat beschlossen, den auf 1 Jahr abgeschlossenen Vertrag mit dem Leiter der thüringischen Landespolizei, Major Müller-Brandenburg, zum Ablauf dieses Jahres nicht zu erneuern.

Gewisser Einspruch gegen das Reichsschulgesetz.

III. Dresden, 1. Juni. (Deutsche Ag. Ztg.) Im sächsischen Landtage lag ein unabhängiger Antrag vor, worin die Regierung beauftragt wird, bei der Reichsregierung Einspruch gegen den Entwurf eines Reichsschulgesetzes zu erheben. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und eines Teiles der Deutschen Volkspartei angenommen.

Schwarz-weiß-rot.

Dr. L. Lübeck, 1. Juni.

Die Deutsche Volkspartei in Lübeck hat einen merkwürdigen Parteisekretär; er ist so etwas wie ein politisches Chamäleon. Vor nicht allzu langer Zeit schimmerte er noch im fätesten Rot; dann verbläute die Farbe und wandelte sich in ein Violett, wie es Stinnes liebt und wie es Stresemanns Herz erfreut. Weß Brot ich eh, weß Lied ich sing!

Ach Gott, wer könnte einem politischen Anfänger eine kleine Wandlung übernehmen? Ist es doch zu langweilig, immer dieselbe Ansicht zu predigen. Ein kleiner Farbenwechsel von Zeit zu Zeit ist amüsant und interessant. Und Dr. Benthin ist schon etwas lange bei der Volkspartei. Wie wäre es also wieder mit einer kleinen Veränderung oder Verbesserung? Die Möglichkeit ist entschieden noch vorhanden. Fragen rechts! Und die Ablicht? Wer darüber irgend welche Zweifel hegt, der lese den Dienstag-Artikel „Schwarz-weiß-rot“ in den „Lübeckischen Anzeigen“. Das ist keine volksparteiliche Schreibweise mehr, das ist rein deutschnational; das ist nicht mehr Heinze oder Stresemann, sondern Helfferich und Hertl. Man denke während das Haupt der Familie in Berlin sich die erdenklichste Mühe gibt, in die „Schwarz-rot-gelbe“ Regierung sich einzuschmuggeln, reden die Kinderchen in der Provinz in den wirrsten Tönen von dem stolzen Schwarz-Weiß-Rot und dem niederträchtigen Schwarz-Rot-Gelb.

Und der Grund zu dem Kindergeschrei? Heute, am 1. Juni, tritt die Verfügung des Reichspräsidenten in Kraft, wonach endlich auf öffentlichen Gebäuden nur noch schwarz-rot-gold zu fliegen ist. Eine mehr als selbstverständliche Sache! Die Republik hat ihre Farbe gewählt, also haben die republikanischen Gebäude diese Farbe anzunehmen. Die Beamten, die das nicht mitmachen zu können glauben, haben einen sehr einfachen Ausweg: sie können ja gehen. Aber republikanisches Geld einladen und die kaiserliche Flagge hissen, das ist ein etwas naives Tun. Was wäre wohl unter der glorreichen schwarz-weiß-roten Herrschaft einem kaiserlichen Beamten passiert, wenn er es gewagt hätte, auf seinem Amtsgebäude die rote Fahne im Winde wehen zu lassen? Aber, die Gerechtigkeit gebietet zu gestehen, daß der Abschiedschor der Nationalisten von ihrer alten Kriegsflagge begreiflich ist. Haben sie doch unter ihrem Schutze die großartigsten Vorrechte genossen; war doch die schwarz-weiß-rote Flagge mit dem dahinterstehenden Apparat an Beamten und Soldaten ein geradezu ausgezeichnetes Instrument zur Knebelung des Volkes, zur Niederhaltung jeder freizeitlichen Bewegung.

Nationalistischer Schmerz muß stets seine Parade haben; Fahnen und Musik unterstützen von jeher die Tränenröhen hysterischer Frauen und zittiger Männer. Die nationalistischen Parteien haben sich demgemäß geeinigt; zur gemeinsamen Schaustellung ihres Abschiedswehs durch Flaggenhänge von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang sollte das „saubere“ Schwarz-weiß-rot müde sein Tuch hängen lassen.

Nur wenigen ist die Sonne aufgegangen, und denen noch sehr spät. Frühaufstehen ist ja so etwas Proletarisches, der vornehme Mann erhebt sich gegen Mittag aus seinen weichen Federn. Immerhin regte sich um sieben Uhr schon ein deutschnationaler Pastor in der Königstraße; trüblich und verjornten kündigte seine einsame Schwärze den nationalistischen Sommer. So ungefähr um 10 Uhr ging dann auch für die „Lübeckischen Anzeigen“ die Sonne auf. Vorsicht ist die beste Politik!

Die Trauerflaggenparade allein genügt aber nicht; dröhnend wird sie begleitet von dem genannten Schmerzgefang nach dem berühmten Rhythmus „In der Wüste der Sahara“ von Dr. Benthin. Der Gesang ist in Form von Bibelversen abgesetzt; von denen jede ein abgerundetes Körnlein Weisheit wieder spiegelt. Auch unsere Leser werden die Benthinischen Feinheiten zu genießen wissen.

Wir möchten einiges davon wenigstens andeutungsweise wiedergeben:

Unter Schwarz-weiß-rot redete man nie von Freiheit; es gehörte sich nicht. Wer an der selbstverständlichen monarchistischen Freiheit zweifelte, der wanderte von Rechts wegen ins Zuchthaus.

In Deutschland sollte es keine Familie geben, die nicht ihren Essenstisch zu jeder Mahlzeit mit einem Tischschnee in den alten Farben schmückt, die nicht täglich eine schwarz-weiß-rote Schichtorte ist, und in der nicht täglich schwarz-weiß-rote Vikorischungen zum Moste gereicht und Importen mit schwarz-weiß-roten Bauchbinden dargeboten werden. Stinnes soll schon den Anfang gemacht haben!

Nicht gegen Deutschlands Handarbeiter wollen wir unsere alte liebe Fahne hissen; mit ihren Knochen werden wir sie uns wiederholen, wenn wir zu einander die goldene Brücke des Lohnabbaus und der Dividendenerhöhung gebaut haben.

Soweit der Volksparteiler Benthin. Die Erzeugnisse seines Geistes hersehen für sich.

Deutscher Reichstag.

Dienstag, 31. Mai, nachmittags 3 Uhr.

Das Haus ehrt das Andenken der verstorbenen Abgeordneten Luch (D.M.) und Dr. Babel (D.M.).

Der Präsident erklärt weiter: Lebhaftige Empörung hervorgerufen durch die Mitteilung, daß die polnischen Insurgenten den Abg. Dr. Hartmann gefangen genommen und an einen unbekannten Ort verschleppt haben. Ich habe mich sofort mit dem Auswärtigen Amt verständigt, damit die Interalliierte Kommission auf diesen Gewaltstreik hingewiesen wird und damit sofort Anstalten getroffen werden, um den Abgeordneten zu befreien.

Or. Graf Thüringen (D.M.) fordert Aufklärung über die Angelegenheit des Majors Müller-Brandenburg von der thüringischen Staatspolizei.

Reichskommissar Klinger: Es ist richtig, daß der Polizeimajor Müller-Brandenburg im Zusammenhang mit einer über die Zustände in der thüringischen Landespolizei eingeleiteten Untersuchung bis auf weiteres beurlaubt worden ist und daß gegen ihn von der thüringischen Staatsregierung eine Voruntersuchung geführt wird. Die Ausschaltung seiner Amtstätigkeit ist auf Grund folgender Bedenken von der thüringischen Landesregierung verfügt worden. Im Februar 1921 war eine Anzeige im Reichsministerium des Innern eingegangen, in der schwere Anschuldigungen über die Zustände in der thüringischen Landespolizei erhoben wurden. Zur Prüfung dieser Vorwürfe wurde eine Kommission nach Weimar geschickt, die in vollem Einvernehmen mit der thüringischen Landesregierung und unter Teilnahme eines Vertreters derselben eine Reihe von Angehörigen der thüringischen Landespolizei vernahm. Das Ergebnis dieser Vernehmung hat dazu geführt, daß die thüringische Landesregierung vor mehr als 3 Wochen selbst eine eingehende Untersuchung eingeleitet hat, bei der das Reichsministerium des Innern durch einen Vertreter beteiligt ist. Vor Abschluß dieser Untersuchung ist die Reichsregierung nicht in der Lage, weitere Mitteilungen zu machen. Was die Beschuldigung gegen Personen wegen hochverrätherischer Amtstriebe anbelangt, so ist das Material der zuständigen Justizbehörde zugestellt worden. Entsprechend dem Wunsch der thüringischen Staatsregierung wird ferner mitgeteilt, daß die thüringische Staatsregierung folgende Erklärung hierher abgegeben hat: „Mitglieder der thüringischen Staatsregierung haben mit der Angelegenheit nichts zu tun, und die Handlungen, die den Gegenstand der Beschuldigungen bilden, sind ohne Kenntnis der thüringischen Staatsregierung, besonders des thüringischen Ministeriums des Innern, dem die Landespolizei untersteht, vorgenommen worden.“

Auf die Anfrage Dr. Waldenhauer (D.M.) über die Ausfahrungen französischer Soldaten in Köln-Mühlheim teilt die Regierung mit, daß tatsächlich eine französische Abteilung in die Menge hineingedrungen hat und daß Waffentat auch mit dem Bajonett angegriffen wurden. Deutsche und englische Kolonnen schritten ein, aber erst durch das Eingreifen französischer Offiziere konnte die Ruhe wiederhergestellt werden.

Die Einstellung des Betriebes in der Zeche „Magimilian“ bei Hamm, über die der Abg. Janschel Auskunft verlangt, ist der Regierung bekannt, und sie hat sofort die Anwendung der Verordnung vom 8. November 1920 beantragt. Die Bestimmungen dieser Verordnung sind eingehalten worden. Für den arbeitslos gewordenen Rest der Belegschaft hat man sich um Schaffung von Arbeitsgelegenheit bemüht. Zwei Drittel der Belegschaft sind inzwischen anderweitig untergebracht worden. 85 Bauarbeiter bleiben bis auf weiteres auf der Zeche selbst beschäftigt, wo die begonnenen Bauarbeiten fertiggestellt werden sollen, um seinerzeit den Betrieb der Zeche wieder aufnehmen zu können.

Frau Schreiber-Rieger (S.D.) verlangt Auskunft über die Begünstigung der Mitropa, deren Leitung bei ihrer Gründung ein am preussischen Eisenbahnministerium beurlaubter Ministerialdirektor übernahm. Die Regierung erwidert, daß die Mitropa 1916 gegründet wurde, um den überragenden Einfluß der Brüsseler internationalen Schlafwagen-Gesellschaft zu brechen. Deutschland muß sich dieses Hilfsmittels zur Umkehr der Auslandskonkurrenz auch weiterhin bedienen. Die Abgaben für die über Breußen hinausgehenden Leute, die auch nach dem Auslande durchgeführt werden sollen, sind auf Grund eines Vertrages an die Mitropa abgegeben worden. Von dem Ertragnis dieses Unternehmens erhält die Reichskasse eine Vorabgabe von 2% und eine Gewinnbeteiligung. Der 1916 abgeschlossene Vertrag ist zeitgemäß geändert worden. Von dem Ueberschuß über 8% Dividende hinaus erhält die Reichskasse die Hälfte, von 12% ab Dreiviertel. Außerdem erhält die Reichskasse ein Siebtel des Uffrentbestandes.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Mittwoch nachmittags 4 Uhr: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Schluß 4 Uhr.

Baul Levi verteidigt sich.

Was ist das Verbrechen?

„Vor einigen Tagen erschien eine Broschüre, deren Inhalt die Verteidigungsrede Dr. Paul Levis in der Sitzung des Zentralkongresses der R. A. P. D. am 4. Mai d. J. ist. Diese Rede hängt neue Enthüllungen an die alten an.“

„Niemandes geht Levi der Verlogenheit und der Unfähigkeit der R. A. P. D. Zentrale zu Leibe.“

„Die Partei hat ihre alten Wege verlassen und war in ein Verhängnis gerannt. Es gab nur eine einzige Reparatur, die imstande war, die Krankheit mit einem Schläge an weiteren Ausbrüchen zu hindern, nämlich das ganze politische Verbrechen, den ganzen Verrat an den bisherigen Grundfragen der Partei radikallos aufzugeben und zu brandmarken.“

Die interessantesten Stellen von Levis Rede sind die, wo er über zwei Richtungen innerhalb der R. A. P. D. spricht. Schon im Spartakusbund war der eine Flügel für fortwährenden Terror, während der andere sich von dem Putschismus nichts versprach und immer Ueberlegung und Vernunft predigte. Neu ist die Darstellung Levis, daß Rosa Luxemburg gegen die Liebknechtische Aufputscher auftrat. Er macht darüber folgende Ausführungen: „Mir gegenüber ist eingemendet worden, die Falschung von Rosa Luxemburg im Jahre 1919 sei ganz anders gewesen als die meinige im März. Man sagt, auch Rosa Luxemburg sei damals gegen die Aktion gewesen, und doch hätte sie Artikel und Aufrufe geschrieben. Doch Sie wissen, Genosse Meyer, daß auch ich damals Flugblätter und Artikel geschrieben habe, und warum? Aus dem ganz anderen Gesichtspunkte heraus, daß dort große Massen wirken und nicht ein kleines Konventikel von Führern, die trende Massen in das Verderben jagten. Und Genosse Pies war bei jener Sitzung zugegen, als wir damals mit Karl Liebknechts Haltung in Widerspruch kamen. Sie erinnern sich, wie Karl Liebknecht widerspenstig war, und Sie erinnern sich, wie Leo Jogisches damals es war, der den Vorschlag machte, noch während der Aktion eine scharfe Erklärung in der „Roten Fahne“ zu veröffentlichen, die von Karl Liebknecht ganz abrückte. Sie wissen genau, wie ablehnend Rosa Luxemburg damals sogar dem Verhalten Karls gegenüberstand, und wissen, wie scharf ihre Kritik war. Ich glaube, Sie werden es auch wissen, daß die Genossin Rosa Luxemburg damals sogar den Gedanken hatte, es könne nicht mehr lange gehen mit Karl Liebknecht zusammen, so scharf lehnte sie sein Verhalten damals ab.“

Rosa Luxemburgs tragischer Tod bewahrte die R. A. P. D. vor dem Geßiß, ihren ältesten und begabtesten Vorkämpfer an der Seite Paul Levis zu sehen. Erschütternd ist die Tatsache, daß die Januar- und Märzämpfe in Berlin gegen den Willen Rosa Luxemburgs, des geistigen Kopfes des Spartakusbundes, entfacht worden waren, ebenso wie der mitteldeutsche Aufstand entgegen der Absicht des geistigen Führers der R. A. P. D., Paul Levi. Es ist dies eine Bestätigung unserer Auffassung, daß nur gänzlich unzeitige und einseitige Burtschen etwas von Aufständen und Straßenkämpfen für die Arbeiterklasse erhoffen können.

Paul Levi. Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion oder die Kritik daran? Rede auf der Sitzung des Zentralkongresses der R. A. P. D. am 4. Mai 1921. Preis 2 Mk. V. Seehof & Co. Verlag, Berlin C 54.

Ein asiatischer Dreiverband. Die zuerst vom Reiterbureau veröffentlichte Mitteilung von einer türkisch-afghanischen Militärkonvention wird jetzt durch ausführliche Mitteilungen türkischer und englischer Blätter über den Inhalt des Vertrages bestätigt. Der Vertrag ist in Moskau von Jusuf Kemal, dem jetzigen türkisch-nationalistischen Minister des Auswärtigen, abgeschlossen worden.

Der Abschluß in Moskau läßt bedeutungsvolle Rückschlüsse auf die Mitwirkung der Sowjetrepublik bei diesem Vertrag zu, die ja, da die Tatsache der Verbindung Moskaus mit diesen beiden Staaten bekannt ist, nicht überraschen kann. Es sieht schon fast wie ein asiatischer Dreiverband aus. Ob dessen Spitze sich gegen eine bestimmte europäische Macht richtet, mag dahingestellt bleiben. Am meisten ist wohl England dabei betroffen, zu dessen traditionellem Interessengebiet ja Afghanistan gehört hat. Aber es liegt auf der Hand, daß die politischen Pläne der Sowjetrepublik auch nicht aus Liebe für Frankreich stammen. Und obwohl dieses in den Londoner Verhandlungen wie schon vorher

sehr bemüht, Kemal Pascha ein freundliches Gesicht zu zeigen, hat es in Angora doch nicht die Annahme der zwischen Briland und Belir Sami Bey getroffenen Vereinbarungen durchzuführen vermocht. Vielmehr verlangt man, noch dort sehr weitgehende und den Franzosen unannehmbar erscheinende Änderungen, und es ist wohl nicht fehlgegriffen, wenn der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ diesen kemalistischen Widerstand, den er als „unversöhnlich“ bezeichnet, mit der Festigung der türkisch-russischen Beziehungen in unheilvollen Zusammenhang bringt.

In der Einleitung des Abkommens nun, das sich als ein Bündnisvertrag in aller Form darstellt, wird ausgesprochen, es sei nicht mehr möglich, daß die beiden Länder wie in der Vergangenheit unverbunden und isoliert bleiben könnten, und in diesem Augenblicke, da das Erwachen und die Befreiung der Mitleiden Welt“ begonnen habe, seien ihnen gewisse historische Pflichten zu. Aus dem Vertrage werden in den türkischen Blättern, aus denen „Daily Telegraph“ geschöpft zu haben scheint, nur drei Artikel wiedergegeben. In Art. 2 erkennen die beiden vertraglichstehenden Staaten die Unabhängigkeit von Buchara und Achiwa an, die auch in dem russisch-afghanischen Vertrage ausdrücklich anerkannt worden ist. Art. 3 stellt fest, daß Afghanistan, da die Türkei Jahrhunderte hindurch die Führerschaft des Islam ausgeübt hat und die Fahne des Kalifats in der Hand hält, in dieser Hinsicht die Führerschaft der Türkei anerkennt. In Art. 8 übernimmt es die Türkei, den Afghanen zu helfen und Instruktionen und Offiziere zu senden. Diese militärische Mission soll mindestens 5 Jahre dauern. Nach Ablauf dieser Zeit soll auf Wunsch Afghanistans eine neue Mission von Instruktionen gesandt werden.

In dem russisch-afghanischen Vertrage ist den Afghanen (als Ersatz der weggefallenen englischen Subvention) eine Subventionzahlung von 1 Million Goldrubel, der Bau der Telegraphenlinie Herat-Kandahar-Kabul sowie die Entsendung von Technikern und Ingenieuren zugesichert. Wo Sowjetrußland diese Kredite und Mittel hernehmen will, versteht man zwar bei seiner eigenen elenden Lage nicht recht. Aber vielleicht rechnet es dabei seinerseits auf fremde Hilfe und jedenfalls greifen die beiden Verträge so genau an einander, daß man deutlich die genaue Rollenverteilung erkennt.

Loucheur über den Stand der Wiederaufbauarbeit.

L. Paris, 1. Juni. (Telunjon.) Im französischen Senat sprach gestern Loucheur über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Er verteidigte sich gegen verschiedene Angriffe wegen des langsamen Fortschreitens der Wiederaufbauarbeiten. Loucheur gab Einzelangaben über den Umfang der Zerstörung zur Zeit des Waffenstillstandes, wo etwa 80.000 Häuser vollständig vom Erdboden verschwunden gewesen wären. Loucheur äußerte sich alsdann über die namentlich in landwirtschaftlicher Beziehung bereits gemachten Anstrengungen. Der Koeffizient zur Berechnung der Schäden müsse herabgesetzt werden, denn die Preise für die Baumaterialien seien mit dem Kohlenpreis gesunken. Loucheur erklärte sich für eine Dezentralisation und ging dann zur Verteilung Deutschlands über. Er habe immer den Standpunkt vertreten, daß die Verwendung deutscher Arbeiter im großen Umfang abgelehnt werden müsse, namentlich weil man einen erheblichen Teil der Arbeitslöhne während in Mark bezahlen müssen. Aber Deutschland könne sehr gut durch seine Arbeiter auf dem Gebiet der Materialien vorbereiten. Die Beschäftigung deutscher Arbeiter müßte sich auf die verwüsteten Gebiete, die von der Bevölkerung verlassen seien, beschränken.

Reichsmittel für Betriebsräteschulen?

Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrats zur Heranbildung wirtschaftlicher Kräfte hat dem Reichswirtschaftsrat folgenden Antrag unterbreitet: „Der vorläufige Reichswirtschaftsrat wolle an die Reichsregierung das dringende Ersuchen richten, zum Zwecke der wirtschaftlichen Fortbildung werktätiger Kräfte ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen.“

In der Begründung dieses Antrages wird gesagt: „Die durch Entwicklung der Verhältnisse besonders bedingte Aufgabe der gesamten deutschen Volkswirtschaft, vor allem durch die in der Reichsverfassung § 165 verbürgte Mitwirkung der Arbeitnehmer an den wirtschaftlichen Unternehmungen, zwingen zu einer sofortigen härteren Fortbildung aller werktätigen Kräfte.“

Neben der Schulung der Betriebsratsmitglieder zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Sinne des Betriebsrätegesetzes muß die wirtschaftliche Aus- und Fortbildung aller werktätigen Kreise in betriebs-technischen und volkswirtschaftlichen Lehrgängen erfolgen.

Bis jetzt sind die Berufsvereinigungen der Arbeiter und Angestellten aller Richtungen durch Schaffung besonderer Kurse (weit über 200) beteiligt gewesen, ihre Mitglieder in diesem Sinne zu schulen. Sie haben die hierzu nötigen Mittel zum überwiegenden Teile bereitwillig selbst zur Verfügung gestellt und sind auch für die Zukunft zu opferwilliger Mitarbeit geneigt.

Daneben sind an zahlreichen Orten des Reiches auch sonstige wirtschaftliche Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen mit zweckentsprechender Lehrmethode entstanden, deren statistische Erfassung von dem unterzeichneten Ausschusse in die Wege geleitet ist.

Die aus den beteiligten Kreisen ausgemündeten Mittel reichen aber bei den heutigen Beschaffungspreisen bei weitem nicht aus, um die bisherige Einrichtungen weiterzuführen und weiter erforderliche ins Leben zu rufen. Es liegt unseres Erachtens durchaus im Sinne der Verfassung, wenn die beteiligten Stellen im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden erucht werden, die für solche wirtschaftspolitischen Fortbildungseinrichtungen erforderlichen Zuschüsse unerschütterlich und in dem notwendigen Ausmaße zur Verfügung zu stellen (mit glauben bei sehr vorzähliger Schätzung einen Betrag von 3 bis 4 Millionen Mark für das Jahr 1921 eher zu niedrig als zu hoch bezuschlagen zu müssen). Unter ausdrücklicher Anerkennung der allgemeinen finanziellen Notlage eruchen wir eine mit solcher Begründung etwa erfolgte Ablehnung dieser Mittel, für eine schwere Vertiefung der gerade jetzt besonders eiligen und wichtigen Notwendigkeit zur Heranbildung aller werktätigen Kräfte. Die Schulung wirtschaftlicher Maniere aus allen Volksschichten ist eine nationale Verpflichtung. Soweit Reichsmittel in Betracht kommen, halten wir es für zweckmäßiger, diese dem zuständigen Ministerium zu überweisen und die Verteilung unter Mitwirkung sonst beteiligter Reichsbehörden nach Anhörung unseres Ausschusses vorzunehmen. Der Ausschuss stellt sich für diese Mitwirkung zur Verfügung.“

Schon im Interesse des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft halten wir es für selbstverständlich, daß sich der Reichswirtschaftsrat sehr eingehend mit diesem begrüßenswerten Antrage beschäftigt, und daß auch die zuständigen Ministerien und der Reichstag keine Schwierigkeiten machen, um die „nationale Verpflichtung“ zu übernehmen.

Dritter Kriegsbeschuldigtenprozeß.

Leipzig, 31. Mai. Nach nur einlässiger Pause wird in den Prozessen gegen die Kriegsbeschuldigten fortgefahren. Am heutigen Dienstag vormittag begann die Verhandlung gegen den Arbeiter Robert Neumann aus Güstrow wegen Gefangenennahmung. Der Antrags des Publikums ist heute nicht mehr so groß, wie zu den ersten beiden Prozessen. Am Tisch der englischen Kommission fehlen zu Beginn der Verhandlung einige Herren, u. a. der Generalstaatsanwalt Pollock, der nach London gereist ist, um seiner Regierung über den Verlauf der ersten Prozesse zu berichten. Es sind 25 englische und 15 deutsche Zeugen zugegen. Der Angeklagte Neumann ist 32 Jahre alt und hat den Feldzug als aktiver Soldat mitgemacht. Er kam später als nur ganzschon dienfähig zu einem Landsturmbataillon nach Altbanum, wo er etwa 200 Gefangene mit zu bewachen hatte. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, in 14 Einzelfällen in der Zeit vom 26. März bis 24. Dezember 1917 englische Kriegsgefangene mißhandelt zu haben. Dazu kommen noch vier weitere Handlungen ähnlicher Art und zwei Fälle von Verleumdung englischer Kriegsgefangener, die der Angeklagte „Schweinehunde“ genannt haben soll. Nach Vertagung der Anklageschrift und Vernehmung der Dolmetscher wird zur Vernehmung des Angeklagten geschritten, der u. a. bemerkt, die Gefangenen hätten schlecht gearbeitet und wären oft ausgezerrt, lediglich um Zigaretten zu rauchen. Er als Wachmann habe deshalb vom aufsichtführenden Unteroffizier Vorwürfe bekommen und dieser habe gesagt: „Wozu haben Sie denn Ihren Kolben?“ Infolgedessen habe er einige Male gegen Gefangene, die widerpenstig waren, von dem Kolben Gebrauch gemacht, um die Leute zum Gehorchen zu bringen. Bei Antritt einer Nachschicht hätten 24 Mann einfach die Arbeit verweigert. Der Unteroffizier habe darauf die Leute antreten und durch einen englischen Dolmetscher verschiedene Male ermahnen lassen. Nachdem sich der Unteroffizier bei dem vorgehenden Kommando Instruktionen geholt habe, wurde ihm gesagt, er solle sich Keiselpfeifen verschaffen und die Arbeit erzwingen. Darauf wurde der Wachmannschaft Befehl erteilt, die Gefangenen zur Arbeit zu bewegen. Hierbei seien einige Gefangene gestochen und geschlagen worden.

Nach Vernehmung des Angeklagten wird in die Zeugenvernehmung eingetreten. Der erste englische Zeuge Hanson gibt an, von dem Angeklagten geschlagen worden zu sein. Hingegen sei der Zeuge mit zwei anderen Gefangenen geschlagen, nach zwei Tagen aber zurückgebracht worden und habe 14 Tage Arrest bekommen. Als Neumann die drei Flüchtlinge wieder habe er mit dem Kolben in den Rücken gestoßen. Präsident: Es liegt

sehr nahe, daß die Engländer sich nicht gerade um die Arbeit geizig haben. Der Zeuge sagt, daß er vier Jahre in Gefangenschaft gewesen und nicht mehr soviel haben arbeiten können wie die anderen Gefangenen. Der nächste englische Zeuge Janetz sagt über den Vorfall, der sich nach der Arbeitsverweigerung abgespielt hat, aus: Die Arbeit war schwer und das Essen schlecht, so daß wir die Arbeit nicht leisten konnten. Präsident: Für Sie als Londoner Dolmetscher war doch die Arbeit nicht schwer. Sie sind doch ein großer harter Mann. Der Zeuge erwidert, er hätte früher nur zwei bis drei Tage in der Woche gearbeitet. Präsident: Was ist geschehen, als Sie im Lager nicht arbeiten wollten? Zeuge: Die Wachmannschaften bearbeiteten uns mit den Kolben und Neumann schlug mit der Faust. Wir wurden dann in ein Zimmer gebracht und eingeschlossen. Angeklagter: Die Sache war gar nicht so schlimm. Der erste Zeuge hat viel bezugelogen. Der englische Zeuge Dalley war drei Jahre in deutscher Gefangenschaft. Er sei mit noch drei Kameraden geschäftet, weil ihm die Arbeit zu viel und das Essen zu wenig gewesen sei. Bei Wiedereinlieferung in das Lager habe sie Neumann mit einem Kolbenstoß begrüßt und sie englische Schweine genannt. Der Angeklagte teilt mit, daß sich die Engländer mitunter gegenseitig blutig geschlagen haben, da sie er dazu geizig getreten. Das bestätigt auch der Zeuge. Der Angeklagte sagt weiter, daß er nur Drückerberger geschlagen habe, wenn sie nicht arbeiten wollten. Der nächste englische Zeuge Kirkbride will von dem Unteroffizier geschlagen worden sein. Auch er sagt, daß das Essen im Lager ungenügend, die Arbeit schwer war. Einmal habe ihn Neumann bei der Arbeit auf den Kopf geschlagen. Präsident: Angeklagter, daß ich aber eine schwere Anklage. Angeklagter: Ich habe den Zeugen niemals auf den Kopf geschlagen, zumal er immer den Kopf hängen ließ, weil er aus der Heimat keine Paletete bekam. Der nächste englische Zeuge Driver sagt aus: Die Arbeit war schwer. Wir haben uns deshalb geweigert, weiter zu arbeiten. Der Unteroffizier ließ uns rechts und links umhergehen, aber wir haben die Kommandos nicht ausgeführt. Bemerkenswert ist die Aussage dieses Zeugen, daß die Wachmannschaften den Engländern Sonntags erlaubt haben, Bier zu trinken. Ob der Angeklagte die Gefangenen Schweine genannt habe, wisse er nicht. Der nächste englische Zeuge sagt aus: Eines Tages habe er gesehen, wie Neumann und der Unteroffizier zwei Gefangene geschlagen haben. Er selbst sei von Neumann mehrmals mit dem Kolben getroffen worden, weil er nicht genug gearbeitet habe. Die Zeugenvernehmung dauert fort.

Ufer, selbst wenn man sich dadurch weit vom Ufer abplakt entfern... Durch Beachten dieser einfachen Regel werden viele Unfälle vermieden. Ein weiterer Feind des Schwimmers ist der Krampf, der allerdings sehr wenig auftritt und meistens nur in ungefährlichen Formen. Jeder, der schon einmal längere Zeit geschwommen hat, wird bemerkt haben, daß die Finger plötzlich auseinander spreizen, es ist ein Krampf im Handrücken. In diesem Falle hält man beim Vorstoßen der Hände die Hände zur Faust, bis der Krampf nachgelassen hat. Meist schmerzhaft ist der Wadenkrampf, der durch Uebermüdung oder durch durch kalte Strömung der Fußgelenke entsteht. Beim Auftreten dieses Krampfes sowie auch beim Oberarmkrampf ist es ratsam, unter Schonung des vom Krampfbefallenen Armes, ans Ufer zu schwimmen. Der plötzliche Eintritt eines Fremdkörpers in die Luftröhre kann den Krampf gefährlichen Kehlkopfkrampf hervorzurufen, der sich durch krampfartige Schließung der Stimmritzen äußert, wodurch Luftmangel und Ersticken droht. Hier hilft nur schnelle und kräftige Husten, wodurch dann der Fremdkörper entfernt wird. Auch durch eingedrungenes Wasser kann der Krampf entstehen. Deshalb ist besonders bei stürmischem Wetter Vorsicht beim Schwimmen geboten. Die große Gefahr beim Schwimmen besteht darin, daß bei dem Betroffenen trotz größter Anstrengungen nicht um Hilfe rufen kann und lautes Verlautern ohne Hoffnung zu werden. Ungewöhnliche Bewegungen des Mittelsarmes sollte daher jeder Beachtung wert sein. Oftmals ist auch der gefährliche Magen die Ursache des Krampfes, da durch übermäßiges Aufstoßen leicht etwas vom Mageninhalt in die Luftröhre kommen kann. Daher die alte Regel: „Nicht mit vollem Magen baden“, beachten. Nichtschwimmer finden ein besonderes Vergnügen darin, möglichst weit in die Nähe vorbeifahrender Dampfer zu gelangen. Sie denken oft nicht daran, daß das Wasser von dem Dampfer angezogen wird, um gleich wieder ganz plötzlich zu steigen, so daß der noch eben in Brusthöhe Stehende plötzlich vom Wasser überflutet und durch die Strömung fortgetrieben wird. Selbst bei flachem Strand ist Vorsicht geboten, da oftmals tiefe Stellen vorhanden sind. Leiche und Lehmgruben haben oft freilich abfallende Ufer, Untiefen und kalte Strömungen. Das wackelige Baden in Gewässern, die nicht vorher genau untersucht sind, muß unbedingt unterlassen werden. Beherrliche jeder alle diese wohlverwagene Ratssätze.

Die Süddeutsche Maschinenbau-Gesellschaft überträgt uns folgenden Bericht von der Aufsichtsrats-Sitzung in Berlin: In der Sitzung des Aufsichtsrates wurde die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1920 vorgelegt. Die Vorlagen ergeben einen Brutto-Waren-Gewinn von 18.810.290,19 M. (im Vorjahr 7.176.220,84 M.). Die Umlagen, Steuern, Zinsen usw. belaufen sich auf rund das 2½fache des vorjährigen Betrages. Die Abschreibungen auf Anlagen (im Vorjahr 350.665,46 M.) beziffern sich auf 650.408,98 M., wobei die Kosten Seltungs-Anlage, maschinelle Einrichtungen, Werkzeuge, Mobilitäten, Modelle und Anschlußgelder wieder mit je 1 M. zu Buche stehen. Die Abschreibungen und Garantie-Reparatur betragen, wie im Vorjahr, 350.000 M. Der auf den 30. Juni ds. Js. vorm. 11 Uhr einzuberufende ordentliche Generalversammlung soll vorgeschlagen werden, den aus dem Gewinn- und Verlust-Rechnung sich ergebenden Reingewinn von 1.164.187,43 M. (im Vorjahr 625.251,98 M.) in der Weise zu verwenden, daß 250.000 M. einem Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds zugewiesen werden, auf das voll eingezahlte Aktienkapital von 4.300.000 M. 12 Proz. Dividende (im Vorjahr 8 Proz.) und auf den Nominalbetrag des mit 25 Prozent eingezahlten Aktienkapitals von 3.500.000 M. 3 Prozent Dividende (im Vorjahr 2 Proz.), sowie die statutenmäßige Dividende an den Aufsichtsrat gezahlt und der Rest von 247.187,43 M. (im Vorjahr 188.251,98 M.) auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Schöffengericht. Eine Rabenmutter. Die von ihrem Manne geschiedene Arbeiterin G., die ein vorheliches Kind hatte, stand am Dienstag unter Anklage, weil sie sich der Unterhaltspflicht entzogen hatte. Der Knabe ist seit Juli v. Js. im Kinderheim untergebracht und wird aus öffentlichen Mitteln unterhalten, da die Angeklagte trotz wiederholter behördlicher Aufforderung keine Zahlung leistete. Sie hat auch während der Zeit, wo sie auf dem Subbawerl und in einem anderen industriellen Betriebe beschäftigt war, nichts für das Kind gezahlt, sondern von ihrem Verdienst einen arbeitslosen Mann, mit dem sie ein Verhältnis unterhält, unterstützt. Als die Angeklagte arbeitslos war und Arbeitslosenunterstützung bezog, wurden ihr von der Unterstüzung wöchentlich 15 M. für das Kind abgezogen. Das Gericht erkannte auf eine Haftstrafe von 2 Tagen. — Imel geistliche Fahrstraße. — Die Angeklagte hat der vorbestrafte Arbeiter G., der wegen Hehlerei unter Anklage stand. Er hatte dem bereits abgeurteilten Dieb für ein Rad 100 M. gezahlt, ließ sich aber eine Zahlungsbekundigung über einen höheren Betrag ausstellen, um den Kaufpreis mit dem Wert des Rades im Einklang zu bringen. Der Angeklagte erhielt wegen Hehlerei in 2 Fällen einschließend einer furchtlich gegen ihn erkannten Strafe von 4 Monaten Gefängnis, insgesamt 8 Monate Gefängnis.

Kampfkampftournee im Hansa-Theater. Nach interessantem Kampf zwischen dem Vesterreicher Wildmann und dem Herkulen der Tschekoslowakei Swaton siegte Dienstag Wildmann nach 35 Minuten. Der Endkampf Romanoff und Weberggaard-Schmidt endete mit dem Sieg des letzteren in 59 Minuten. Danach hat Weberggaard-Schmidt den Sieg davongetragen, indem er keine Niederlage hatte, und somit den goldenen Hansa-Orden erhielt und einen Lorbeerkranz sich erlang. Als zweiter ging Romanoff aus dem Kampfe hervor mit einer Niederlage, ebenso Wildmann als dritter, und Swaton als vierter, worauf auch diese Herren einen Lorbeerkranz erhielten.

Im Kolosseum finden jeden Dienstag und Freitag, abend 8 Uhr, Konzerte statt, bei denen Künstler vom Stadttheater resp. Hansatheater mitwirken. Es sei noch bezüglich darauf hingewiesen, daß im Inzerat sich ein Druckfehler infolgedessen eingeschlichen hat, als die Eintrittspreise ausschließlich 10 M. zu verstehen sind.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme am 1. Juni morgens 8 Uhr 19°; mittags 12 Uhr 20° Celsius.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Eine brutale Gekinnungsraube ist sonderbarerweise seit der deutschparteiliche „Hamburger Correspondent“ vor einigen Tagen in einem Leitartikel in dem über die Verhältnisse in Amerika folgendes zu lesen ist:

Besonders schlimm steht es in manchen Industrieorten. In einer mittelgroßen Stadt Connecticut beobachtete man seit einiger Zeit, daß Duzende Kinder in den Volksschulen täglich Wasser wurden und mehr verfielen. Viele von ihnen sanken in den Klassenräumen um. Man untersuchte und stellte fest, daß diese Unglücklichen und ihre Eltern seit Wochen nichts anderes denn eine Brotkruste als tägliche Nahrung hatten. (Das einzige Ergebnis in diesem jammervollen Bild ist nur, daß unter diesen Hungernden auch zahlreiche jenseitige Glenden, meistens sozialistische Arbeiter-Söhne sind, die als Deutsche durch den Krieg hier zurückgeblieben sind zu der Arbeit in den Munitionsbetrieben wegen der hohen Löhne herandrängen, obwohl man sie bei der Landarbeit mit offenen Armen aufnehmen haben würde, und die in der Hoffnung, dieser Unterdienst werde ewig währen, Familien gründen.) So sind die „noblen“ Blätter der Rechtsparteien. Man schreit nicht, unverschämte öffentliche Feinde, darüber auszusprechen, wenn unschuldige Kinder, angeblich sozialistisch gesinnter Eltern, elendig Hunger leiden. Angesichts der Unterstützung der hungernden deutschen Kinder durch das Ausland, besonders durch Amerika, ist es tief beschämend, wenn Parteihähe solche Blätter treibt. Solche Leistungen, die allem die Krone aufsetzen, sind nur in den Organen der Rechtsparteien möglich. Uns nimmt nur wunder, daß sich die „Liberalen Anzeigen“ diesen fetten Sappen entziehen ließen.

36. Verbandstag des Verbandes nordwestdeutscher Konsumvereine in Westerland.

Eine vom prachtvollsten Wetter begünstigte Dampferfahrt brachte die Genossenschaftler am 20. Mai zu der schönen Nordseeinsel Sylt. Die Verhandlungen wurden vormittags 9½ Uhr durch den Verbandsvorsitzenden H. Schwedt (Harburg) eröffnet, der als seinen Stellvertreter Herrn Geschäftsführer N. Nielsen (Westerland), als Schriftführer H. Everling (Hamburg) bestellte und die Eröffnungsrede hielt. Herr Bürgermeister Kapp hielt den Verbandstag namens der Stadt- und Badeverwaltung Westerland, Geschäftsführer Nielsen im Auftrag des Ortskonsumvereins willkommen. Die Konsumgenossenschaft der Insel Sylt hat eine außerordentlich hohe Entwicklung aufzuweisen, indem rund 60 Prozent der Gesamtbevölkerung der Insel ihr angehört; der Konsumverein betreibt eine umfangreiche Eigenproduktion und hat im Jahre 1920 einen Umlauf von rund 8000 M. pro Mitglied zu verzeichnen.

Die Grüße des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine überbrachten die Vorstandsmitglieder Hugo Bäcklein und H. Lorenz (Hamburg), der Großeinkaufsgesellschaft Geschäftsführer Fehold (Hamburg); im Auftrage der Volksfürsorge wünschte W. Haertig (Hamburg) und im Namen der Hamburger Konsumenten-Kammer Herr Dr. jur. Götze den Verhandlungen besten Erfolg. Außerdem waren als Gäste erschienen die Herren Justus Brinckmann, Aug. Horst, Herrn. Gübner, Max Wendel und A. Junge von der Großeinkaufsgesellschaft. Landrat Böhmke (Niebüll) hat schriftlich für die Einladung gedankt und sein Nichterscheinen entschuldigt.

Ueber den Stand der Konsumgenossenschaftsbewegung in Nordwestdeutschland im Jahre 1920 berichtete Verbandssekretär Ferd. Bieth: Die im letzten Jahre vom Verband in Hameln gefasste Entschliessung mit der Forderung nach Aufhebung der Zwangswirtschaft sei auch in vielen Genossenschaftskreisen auf Widerspruch gestoßen, doch werde heute allseitig anerkannt, daß der seitdem durchgeführte Abbau der öffentlichen Bewirtschaftung den Konsumvereinen und ihren Zentralinhalten eine größere Bewegungsfreiheit zurückgegeben habe. Unter diesem Gesichtspunkte müßten auch die geschäftlichen Ergebnisse der Vereine gewertet werden. Die Zahl der Verbandsvereine hat sich von 169 im Vorjahre auf 188 verringert, dagegen sind jedoch in 130 Orten 154 neue Betriebsstellen errichtet worden. Der Umlauf von 165 Konsumvereinen, die zur Statistik berichtet haben, im eigenen Geschäft betrug 715.252.241 M. Die Zahl der Millionenvereine ist von 26 auf 51 gestiegen. Die Mitgliederzahl hat sich von 426.712 auf 487.210 erhöht. Der Redner geht auch auf die Konjunkturverluste ein und erläuterte die Wirkung der sozialen Gesetzgebung auf die Konsumvereine, die deren Benachteiligung gegenüber den Kleinhändlern darstellte, da letztere nicht durch den Wirtschaftstag getroffen wurden und auch eine Kontrollmöglichkeit hinsichtlich der richtigen Entrichtung der Umsatzsteuer für die Krämer und wilden Straßenhändler nicht bestehe. Er streifte dann die Ueberfüllung im Kleinhandel und den Einfluß des Schieber- und Schleihändlerwesens. Es sei Aufgabe der Genossenschaften, auf die Hebung der Moral im Geschäfts-

Nachdem auch Hugo Bäcklein sich für die Annahme der vorstehenden Resolution ausgesprochen hatte, wurde sie durch die Versammlung ohne weitere Erörterung einstimmig angenommen. Verbandsrevisor Heinrich Köhler erstattete Bericht über die Revisionsstätigkeit des Verbandes. Die Zahl der vorgenommenen Revisionen beläuft sich auf 108 in 103 Vereinen, gegen 103 Revisionen im Vorjahre. Außerdem wurden in einer Reihe von Konsumvereinen die Abschlußarbeiten erledigt. Bis auf drei Vereine wurden sämtliche Genossenschaften geprüft, nicht allein hinsichtlich der Bücher, sondern auch in bezug auf die ganze Geschäftsführung. Redner monierte eine Reihe von Vorkommnissen und Unregelmäßigkeiten, die trotz der wiederholten Ermahnungen und Anregungen immer noch nicht ausgemerzt sind, und betonte, daß dort, wo man auf die Mitwirkung des Verbandes verzichtete und die Ratssätze nicht befolgt wurden, dies überall zum Nachteil der betreffenden Vereine ausgeschlagen sei.

Zur Kassenabrechnung für 1920 und Festlegung der Verbandsbeiträge erläuterte Sekretär Bieth die gedruckte Rechnungslegung. Die Ausgaben haben 249.406,36 M., die Einnahmen 250.944,81 M. betragen, jedoch ist in letzteren ein Darlehenskonto von 34.735,70 M. enthalten, da die früher beschlossenen Beiträge nicht ausgereicht haben. Zur Deckung des Fehlbetrages wurde zu dem im vorigen Jahre beschlossenen fünf Beitragseinheiten die Nacherhebung von vier weiteren Einheiten für das Jahr 1921 und die Festlegung von acht Beitragseinheiten als Verbandsbeitrag für das nächste Jahr beantragt, zu denen die drei Beitragseinheiten für den Zentralverband noch hinzuzurechnen sind. Dem Antrage wurde einhellig entsprochen.

Die von Ernst Mittelhorn (Celle) auf Grund der Rechnungsprüfung beantragte Entlastung des Verbandsvorstandes und Sekretariats wurde einstimmig erteilt. — Der Nachmittag war Besichtigungen der Anlagen des gastgebenden Vereins gewidmet. Abends fand ein Festkommers statt.

Am zweiten Verhandlungstage wurden die Beratungen eingeleitet durch einen Vortrag des Herrn Hugo Bäcklein über die Notwendigkeit der Stärkung der Betriebsmittel. Es kann hier auf die Ausführungen in dem Bericht über den hagerischen Verbandstag in Nr. 20 der „Rundschau“ vom 14. d. M. (S. 210) Bezug genommen werden. — Die Ausführungen des Redners wurden durch den Verbandssekretär Bieth ergänzt. Auch er forderte die Genossenschaften dringend auf, für die Durchführung der Richtlinien des Zentralverbandes unverzüglich mit aller Energie Sorge zu tragen, da der andernfalls für die Vereine vorausichtlich erwachsende Schaden unübersehbar sei.

In der Aussprache wies Kleppig (Bremerhaven) darauf hin, daß der von ihm vertretene Verein sich Ende 1920 in einer ausgeprochenen Finanznot befunden habe, die aber durch geeignete Maßnahmen der Verwaltung ebenso wie die Abhängigkeit von der Großeinkaufsgesellschaft inzwischen behoben worden sei.

Ueber 7. Die Frage der Fleischversorgung der Konsumvereine, hielt Herr Everling einen instruktiven Vortrag, in dem er die Bedeutung dieser Angelegenheit darlegte, die für die Genossenschaften damit verbundenen Notwendigkeiten und zu beachtenden Gefahrenmomente beleuchtete und für ihre Durchführung geeignete Wege wies. Lebhafter Beifall bewies das starke Interesse, das dieser Frage allseitig entgegengebracht wird.

Verbandssekretär Bieth sprach dann über den internationalen Genossenschaftsverband und den internationalen Genossenschaftstag in Basel 1921. Seinem Antrage gemäß beschloß der Verbandstag einstimmig, den Vorstand und Aufsichtsrat zu ermächtigen, einen noch auszuwählenden Vertreter des Verbandes zu der Tagung zu entsenden.

Der ausscheidende Verbandsvorsitzende Hans Schwedt wurde auf Antrag des Aufsichtsrates einstimmig wiedergewählt. Zu Aufsichtsratsmitgliedern wurden W. Herßen (Bremen) wieder- und an Stelle von G. Borgner (Welefeld), R. Herzuum (Welefeld) neu gewählt. Zu Generalratsmitgliedern wurden Frenzel (Hamburg), Menke (Bünde) und Geiger (Bremerhaven) wieder- und an Stelle von Sad (Hannover) Gnes (Hannover) bestimmt.

Auf Einladung des Eppischen Konsumvereins wird der nächste Verbandstag in Salzkufen abgehalten werden.

Nach herzlichen Dankworten des Vorsitzenden Schwedt an die Syler Genossenschaftler erreichte die Tagung ihr Ende. Es waren 54 Verbandsvereine durch 176 Delegierte vertreten und 14 Gäste anwesend.

Gewerkschaftsbewegung.

Nationalistische Schabigheit. Der rühmlichst bekannte Häftlingsverein „Deutscher Ostmarken-Verein“, der am Kopfe seine Verlesens folgendes Motto führt: „Kein Fuß breit deutscher Reichs gepostet werden, das ist unsere Politik“, ist wert, einmal in der Öffentlichkeit über die Auffassung deutschen Rechts beleuchtet zu werden. Derselbe beschäftigt einen Bureauvorsteher mit akademischer Vorbildung und zahlte demselben ein Gehalt von sage und schreibe 700 M., wie es heute für einfache Kontorarbeiten einem 20jährigen jungen Mädchen gezahlt wird. Die Antwort auf eine in höflicher Form zusammen mit den übrigen Angestellten vorgetragene Bitte um Gehaltserhöhung war das Kündigungsschreiben, in dem auch ganz deutlich zum Ausdruck gebracht worden ist, daß die Kündigung wegen des zu geringen Gehalts erfolgt ist. Da weder Schlichtungsausschuss noch Kaufmannsgericht zuständig ist und der arme Teufel von Bureauvorsteher die Kosten eines ordentlichen Gerichtsverfahrens nicht aufbringen kann, triumphiert hier die Willkür ungekraftet weiter. Weniger hakatische „Politik“ und weniger Schabigheit in der Bezahlung der Angestellten wäre mehr. —



Unsere werten Leser und Freunde werden gebeten, in allen Gasskaffen, Kaffeehäusern, Garten- und Vergnügungsorten in Lübeck als auch in den umliegenden Ortsschaften ausdrücklich den

Lübecker Volksboten

zu verlangen. Die kommende Urlaubs- und Ferienzeit bietet Gelegenheit, überall für die Parteipresse zu werden und das Auslegen des „Volksboten“ in allen Verkehrsstätten zu veranlassen.

Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten
Johannisstr. 46. Fernruf 926.



Leben mit allen Kräften hinzuwirken, die Betriebs- und Kontrollmethoden auszubauen und auf eine sorgsame Auswahl für den Nachwuchs geeigneter Kräfte Bedacht zu nehmen. Die Erziehung des Personals und richtige Aufklärung der Mitglieder sei als eine der wesentlichsten Aufgaben der Verwaltungen anzusehen; letztere werde gefördert durch eifrige Verbreitung des Konsumgenossenschaftlichen Volksblattes, das heute im Verbandsverbande erst in einer Auflage von 143.000 Exemplaren erscheint, gegenüber einer Mitgliederzahl von 487.000. Die Herausgabe eigener Vereinsteilungen unter Hintanhaltung des „Volksblattes“ könne nicht gebilligt werden. Der Ausbau engsten Zusammenwirkens mit den Vereinsteilungen und Mitglieder-ausschüssen sei notwendig. Redner schließt unter starkem Beifall. An der lebhaften Aussprache nahmen teil Seitzmann (Odenburg), Hinrichs (Müstringen), Thormann (Hamburg), Kleppig (Bremerhaven), Otto (Hamburg) — der besonders auf das ausgedehnte Betätigungsfeld unter der unteren und mittleren Beamtenchaft hinwies — Winkelhof (Müstringen), Geschäftsführer Lorenz (Hamburg) und der Referent.

Sekretär Ferd. Bieth begründete alsdann den Antrag des Verbandsvorstandes und Ausschusses, den Ausschluß der „Neuen Gesellschaft“ in Hamburg zu beschließen, für den Fall, daß die für den 24. Mai durch Gerichtsbeschluß anberaumte neue Generalversammlung dieses „Konsumvereins“ ergeben sollte, daß deren jetziger privatkapitalistischer Charakter für die Folge aufrecht erhalten bleibe. Der Verbandstag stimmte dem Antrage ohne Erörterung einstimmig zu.

Müller (Hamburg) begründete darauf nachstehende Entschliessung betreffend die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Züder: „Der 36. Verbandstag fordert, daß spätestens am 1. Oktober 1921 die Zwangsbewirtschaftung des Zuckers aufgehoben wird. Genau wie bei vielen anderen öffentlich bewirtschafteten Waren zeigten sich auch hier alle Unzulänglichkeiten der Zwangsbewirtschaftung: ungenügende Versorgung und Verteilung, sinnlose und übermäßige Verankerung durch den umfangreichen Apparat und viel zu hohe Steuern und Förderung des Schleichhandels und des Wuchers. Der Verbandstag ist überzeugt, daß bald nach erfolgter Freigabe, genau wie bei Fleisch und Fett, nicht nur eine ausreichende Versorgung des Marktes, sondern auch eine ungenügende Preisbildung eintreten wird.“



Was ist Urbin?
Ganz ohne Frage,
Die beste Terpeninölware

Verkauft in Dosen mit Wasser

Bekanntmachung.

Durch Verfügung des Senats ist das Landesverjorgungsamts ermächtigt, für die auf Grund der Bekanntmachung über den Verkehr mit Milch vom 28. Mai 1921 zu erlassende Genehmigung wegen der Zulassung zum Milchhandel eine Gebühr zu erheben, die zu bemessen ist:

- für schon bestehende Geschäfte auf Mt. 20.— bis Mt. 800.—
- für neu genehmigte Geschäfte auf Mt. 50.— bis Mt. 800.—
- im Falle der Ablehnung auf Mt. 20.—

Lübeck, den 30. Mai 1921. (2512)

Das Landesverjorgungsamts.

Bekanntmachung.

Alle Baugenehmigungen auf künstlichen Dämmern, die von der Baubehörde, Abteilung Gartenbau, bezogen sind, verlieren mit dem 5. Juni 1921 ihre Gültigkeit. Nach dem 5. Juni wird hierauf kein Dämmern mehr verabfolgt. Bis zu diesem Zeitpunkt sind auch die Beträge zurückzuführen, sofern auf die Abnahme des Dämmers verzichtet wird.

Lübeck, den 30. Mai 1921. (2525)

Die Baubehörde.

Am 31. Mai verstarb plötzlich der Leiter der Bauabteilung des Polizeiamtes

Herr Regierungs-Baumeister

Ernst Ohrt.

Seit 1909 Beamter des Polizeiamtes ist ihm besonders wegen seines lautereren Charakters und seiner lebenswürdigen Umgangsformen bei seinen Mitarbeitern und Untergebenen ein ehrendes Andenken gesichert.

Das Polizeiamts.

Bauabteilung.

Emmy Brammer
Heinrich John

Verlobte. (2497)

Lübeck, 1. Juni 1921.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Silberhochzeit danken herzlich
H. Schütt u. Frau
(2516) geb. K e b n e r.

Nach langem schwerem Leiden entschlief sanft meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter
(2531)

Sophia
Langermann

geb. Esemann
im 61. Lebensjahre.
Tief betrauert von
Joachim Langermann
und Kinder.

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 3. Juni, nachm. 1½ Uhr von der Kapelle des Vorwerter Friedhofes statt.

Sozialdemokr. Verein

Am Montag starb unser Genosse

Paul Fehlberg,

Gastwirt.
Ehre seinem Andenken.
Beerdigung Freitag, den 3. Juni, vormittags 10½ Uhr auf dem Vorwerter Friedhof.

Ferner starb unser langjähriger treuer Genosse

Max Oertling.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung ist bereits erfolgt.

Der Vorstand.

St.-Gertrud-Liedertafel

Nach längerem Leiden entschlief sanft unser wertester Mitglieb
Paul Fehlberg.
Ehre seinem Andenken.
2528 Der Vorstand.

Junglingsanzug u. mg. Kleid
sol. (2511) Westhofstr. 12

Schlösser zu verm. (2510)
Ries, Löffelberg &

Verband d. Gemeinde-
und Staatsarbeiter.

Filiale Lübeck.

(2520)

Am Sonntag, dem 29. Mai, statt unser Kollege

Joh. Sörensen.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 2. Juni, morgens 8½ Uhr, auf dem Burgtor-Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung.

Zuverlässiges
Mädchen

zu sofort gesucht.

Frau Dr. Meier,

Heimstätten 28.

(2524)

3. H. gel. 1 H. Haus, Poststr.

Ming. u. S. B. a. d. Exp. d. St.

(2517)

4 St., 1 ov. L., 1 Leschr. z. vt.

(2508) Wabmstr. 6 L.

Tausche Haus geg. eins

v. Tor m. Stall.

(2529)

An der Mauer 118.

1 B. Damenit. Gr. 38, Schuhe

Gr. 39 u. Andersfäden, verf.

(2526) Georgstr. 1 L. r.

Mehr. Zugänge

zu verm.

Beier, Sorwert,

Dogenstr. 5a.

(2530)

Neueste Ausgabe!

Kommentar zum

Betriebsrätegesetz.

Enthaltend u. a.:

Musterarbeitsordnung

u. Entscheldungen des

Reichsarbeits-

ministeriums.

Von Dr. Georg Flatow.

Preis Mk. 12.50.

Buchhandlung

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Neues

Liederbuch

für Arbeiter

und Naturfreunde

Mk. 1.30

Buchhandlung

Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

Die millionenfach bewährte
Öl-Wachs-Schuhkrem
Diamantine
in bester Friedensqualität
wieder erhältlich.

Man verlange Dosen mit
eingelegtem Zettel
„Friedensware“

Hersteller: Rud. Starcke Mellei.H.

**Auszug aus den
wichtigsten
Steuergesetzen**
in Plakatform,
zweifärbig gedruckt,
nach dem Stande
vom 1. April 1921.
Preis Mk. 3.00.

Zu haben bei
Friedr. Meyer & Co.,
Buchhandlung,
Johannisstraße 46.

Steuerbuch

enthaltend:

Einwohnersteuergesetz
Körperschaftsteuergesetz
Kapitalertragsteuergesetz
Landessteuergesetz
Erbfallssteuergesetz
Reichsabgabenordnung
mit gemeinverständlichen
Erläuterungen.

Herausgegeben von
Wilhelm Hell.

Preis Mt. 20.—

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Anzeigen

für hiesige und
auswärtige Zeit-
ungen und Zeit-
schriften vermit-
telt zu Original-
preisen

Die Geschäftsstelle des
„Lübecker Volksboten“
Johannisstraße 43.

Rechnungs- Formulare

werden hergestellt in der
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Das Betriebsräte-
gesetz v. Paul Umbreit
2,50 Mt.

Kunst der freien
Rede von Fritz Müller
2,00 Mt.

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut
ihre Arbeitskleidung
bei (2522)

Otto Albers

Markt 4 Kobl. 10

Mgl. d. R. Sporn, Lübeck

Öffentliche Versteigerung.

Am Dienstag, dem 7. d. Mtz., vormittags 10 Uhr,
sollen im „Rosarium“, Kronsforder Allee 25, zur
Regelung eines Nachlassverhältnisses
22 neue Schlafzimmer-Einrichtungen
versteigert werden.
(2527)

Das Gerichtsvollzieheramt.

Das
sensationelle
Juni-Programm

Vier Sallets
Sascha von Petrow
Hermann Trio
Willie Schenk Co.
Charlie Vay and Eddie
6 Stellas 6
Original-Jazz-Band
Anfang 8.30 Uhr. (2521)

Elegante u.
gütliche Herren-, Schlaf-, Wohn- u. Speisezimmer,
Kleinföbel u. Kucheneinrichtungen, Spezialität Korbmöbel
Solide Arbeit. Billige Preise. Prompte Lieferung.

Möbelhaus de Buhr

Lübeck, Fischstraße 21. (2509) Teleph. 3278. 2368.

Expres-Güter-Verkehr „Nordmark.“

Kraftverkehrs-Gesellschaft m. b. H. Nordmark
Zweigstelle Lübeck.

befördert Pakete, Kisten, Sündgüter usw.
nach den Orten
Travemünde—Niendorf—Timmen-
dorferstrand—Scharbeutz (Haffkrug).

Eröffnung: 2. Juni 1921.

Berechnung billigst. — Fordern Sie Tarife.
Annahmestellen: Lübeck, Burmester & Ahlers,
Dankwartstraße.

Travemünde, Schnoor, Rose,
Niendorf,
Timmendorferstrand, Kruse,
Scharbeutz, Ostsee-Klause.

Die Wagen verkehren am Dienstag, Donners-
tag und Sonnabend jeder Woche 8½ Uhr
vormittags ab Lübeck.

Jeder Besitzer des Kommentars zum Betriebs-
rätegesetz von Dr. Georg Flatow braucht
auch den soeben erschienenen

Kommentar
zu der Verordnung betreffend Maßnahmen
gegenüber

**Betriebsabbrüchen
und Stilllegungen**
nebst der Ausführungsanweisung

Unentbehrlich
für Betriebsräte, Gewerkschaftler, Be-
hörden, Arbeitgeber u. Arbeitnehmer.
Preis 1.50 Mark und 20% Fernerzugschlag

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Nur kurze Zeit!

Circus Herm. Althoff

Lübeck. Burgfeld.

Mittwoch, 1. Juni:

2 Vorstellungen 2

8 Uhr nachm. 7½ Uhr abends.

Nachm. für Kinder halbe Preise. (2500)

Vorverkauf: Zigarrenhaus M. Niemeyer, Breite
Straße 88. Tel. 8511.

Adlershorst. Ball

Jeden Donnerstag:

Zentralverband d. Zimmerer

Bezirk Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, den 2. Juni,

abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung be-
stimmt gemacht.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend
notwendig.

Der Vorstand.

Die Wahl des Geschäftsführers findet am Sonn-
tag, dem 5. Juni, vormittags von 9—12 Uhr in
folgenden Lokalen statt: (2499)

Innere Stadt: J. Mohr, Hundestraße 101.

Burgtor: Johs. Groth, Rottwischstraße 18.

Hofkantor Nord: A. Posky, Schwartauer Allee 85

Hofkantor Süd: Rüge, Karpfenstraße 2.

Hofkantor- und Mischkantor:
Weißer Engel, Rabeburger Allee.

Bezirk Schwartau: Clausners Gasthof, Rensfeld.

Bezirk Storfeldsdorf:
Diedrich, Segebergerstraße, Fadenburg.

Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

Die Wahlkommission.

Visitenkarten

fertigt an
Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46.

Konzerthaus Lübeck.

Jeden
Sonntag: Ball.

Für Sommer-Feste ist
der gänzl. renovierte Gar-
ten mit neuem Inventar
noch einige Tage frei. (2502)

Heinz Cyriacks.

U.-T.-Diele.

Untertrave 64. (2520)

Damen-Cuffige Kinder

und Schorsch sorgen zügl.
für Stimmung u. Quimor.

Hansa-Theater

Anfang 8½ Uhr pünktlich:
Letzter Großkampftag.

Heute Mittwoch:
Anglo, bedeutendster und
härtster Regenchampion
gegen
Westergaard-Schmidt,
Weltmeister.

Außerdem (2522)
Stromski, Hofstein, Gegen-
ling von Lübeck gegen
Cyclon-Ress, amerit. Welt-
Champion, 3. Jnh. des gold.
Gürtels von Amerika!

Stadttheater Lübeck.

Mittwoch, Gastspiel der
Hans-Berkow-Spieler
Theophilus und Torentanz.

7.30 Uhr. (2518)

Dieserigen Abonnemen-
ten, die ihr Abonnement
für die kommende Spielzeit
noch nicht erneuert
haben, werden gebeten, die-
ses bis zum 4. Juni d. Js.
zu tun oder mitzuteilen,
daß auf die Plätze verzich-
tet wird, damit bei der
schon vorliegenden
vielen Neuanmel-
dungen über die Plätze
verfügt werden kann.

Tischlerei- Leimöfen

Adolf Borgeldt.
2501 Lübeck.

Pa. Ledersohlen

aus Treibriemen-Abfällen
empfiehlt billigst

F. Brons,
Nachwehrt-Allee 5a, 1.
Fernsprecher 486. (2506)

Leder

Lederauschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren
Fabrikaten

Alle Schuhmacherartikel
C. Grimm Nachf.,
Lederhandlung u. Schälte-
fabrik. 2505

Die neuen Postgebühren

— 50 Pfg. —

Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 1. Juni.

Feindbündwaren.

Gewisse interessierte Kreise versuchen in letzter Zeit, Stimmung gegen Auslandswaren zu machen. Auch die Tagung des hantelhaften Detailhandels tutete kürzlich in dieses Hauptnische Horn. Denn andere Zwecke verfolgt diese Hege nicht. Abgesehen davon, daß es unmöglich ist, Baumwolle, Reis usw. aus Deutschland zu beziehen, sind alle Urheber dieser Propaganda Feinde ihres eigenen Volkes, indem sie es indirekt gegen die Forderungen der Entente aufzuputtschen suchen. Zum Glück gibt es aber auch noch recht viele weiterdenkende Kaufleute, die sich der Tragweite eines solchen verderblichen Tuns bewußt sind. So nahm die Hamburger Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft nach eingehender Begründung durch einen erfahrenen Hamburger Kaufmann in der folgenden, einstimmig angenommenen Resolution Stellung zu dieser Anpeleghenheit:

„Nationalistisch oder wirtschaftlich in bestimmter Richtung interessierte Kreise predigen neuerdings den Boykott gegen den Bezug von Waren von unseren ehemaligen Gegnern. Ein Boykott des wirtschaftlich und politisch unendlichen Schwächeren gegenüber einem Stärkeren muß sich als zweischneidiges Schwert erweisen, denn gegenüber einer Reihe von Warengruppen, deren die deutsche Volkswirtschaft dringend bedarf und die die Entente fast reiflos kontrolliert, ist er einfach undurchführbar. Abgesehen davon muß in einem Zeitalter, dem wie keinem der vorausgegangenen wirtschaftliche Interessen den Stempel aufdrücken, in einer Epoche, die von Kriegen wirtschaftlichen Charakters erfüllt ist, eine wirtschaftlich feindliche Bewegung früher oder später politische Feindschaften entfesseln oder vertiefen. Ein Gewährenlassen dieser in letzter Linie verheerenden Tätigkeit widerspricht also den eigentlichen Aufgaben des Pazifismus, und deshalb legt die Deutsche Friedensgesellschaft gegen diese verwerfliche und für Deutschland verhängnisvolle Weisheit ihren schärfsten Protest ein.“

Mag Verling f. Schon wieder ist ein alter Vorkämpfer der Sozialdemokratie dahingegangen. Mag Verling ist tot. Es sollte ihm nicht mehr verpönt sein, die Früchte mit zu ernten, wofür er jahrzehntelang gekämpft hat; gekämpft hat in einer Zeit, wo es wahrlich noch galt, Mut aufzubringen, um die Ziele verwirklichen zu können, die wir als Sozialdemokraten uns gesetzt hatten. Der Verstorbenen war kein Redner, er ist in der Öffentlichkeit nicht hervorgetreten, aber er war stets auf dem Posten, wenn es galt, Klugheit zu verbreiten und sozialistische Arbeit zu verrichten. Den jüngeren Parteigenossen ist der Verstorbenen nicht mehr so bekannt, aber die alten Genossen wissen, was er für die Partei geleistet hat. Die Lübecker Arbeiterkassette wird seiner ehrend gedenken. Möge ihm die Erde leicht sein.

Wahrung, Jungsozialisten! Am Donnerstag, dem 2. Juni Mittag 12 Uhr, im Verein der Gewerkschaftssekretariate, präz. 18 Uhr. Um zahlreiches Erscheinen bitten. Der Arbeitsauschuh.

Der Lübecker gemeinnützige Bauverein befahte sich in seiner letzten Generalversammlung mit dem Geschäftsbericht. Dieser weist wie kürzlich berichtet, kein gutes Ergebnis auf. Es wurde dem Vorstand vorgeworfen, daß er sich nicht rechtzeitig auf die Unterbilanz eingestellt habe. Die vorgeschlagene Mieterhöhung begegnete begrifflichweise Widerspruch. Aus der Mitte der Versammlung wurde vorgeschlagen, daß die Mieter Schornsteinfeuertaxen und Wasserzinsen selbst bezahlen sollen. Auch in den Ausgaben für Druckarbeiten und Reparaturen könnte gespart werden. Angenommen wurde ein Antrag, in jedem Häuserblock einen Mieterat von 4 Personen zu wählen, der sich mit den Reparaturen zu beschäftigen habe und dessen Entscheidungen für die Verwaltung maßgebend sein sollen. Von Vorstandseite wurde erklärt, daß der Verein ohne Mieterhöhung nicht auskomme. Geordert wurde, die Arbeitsbaugenossenschaft bei den Reparaturarbeiten heranzuziehen und diese im Subventionswege zu vergüten. Auch eine Verrechnung der Geschäftsanteile wurde angeordnet. Das Brauereibezugsverhältnis wird wegen Unrentabilität endgültig geschlossen. Der Vorstand, die besoldeten Verwaltungspersonen durch ehrenamtliche zu ersetzen, wurde bekämpft. Angenommen wurde ein Antrag des Aufsichtsrates, daß die Fragen der weiteren Finanzierung des Vereines von dieser Mieterkommission im Verein mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat beraten werden, und daß den Mitgliedern die Vorschläge in einer

außerordentlichen Generalversammlung unterbreitet werden sollen. Bis dahin sollen Reparaturen mit Ausnahme von Notarbeiten nicht vorgenommen werden. Für die beiden sachungsmäßig ausstehenden Vorstandsmitglieder Schorer und Miesner, wurden Architekt Redelsdorff und Schriftführer Neumann gewählt. Seinen Austritt erklärt hat Herr Coleman, der erste Vorsitzende des Vereines. Zu Aufsichtsratsmitgliedern wurden die ausstehenden Herren Schramm und Alwert wiedergewählt, an Stelle von Herrn Alm wurde Nidel jr. gewählt.

Ein Luft-Offiziersdienst soll ab 15. Juli vom Lloyd Luftverkehr Gesellschaft gemeinschaftlich mit der Deutschen Luft-Reederei eingeführt werden. Es werden regelmäßige Personellflüge nach festem Fahrplan zwischen Travemünde, Warnemünde, Sagnik und Swinemünde eingerichtet. Außerdem wird Gelegenheit zu Flügen nach den genannten Seebädern in Sonderflugzeugen geboten. In Lübeck ist die Firma C. F. Schütt u. Co. Vertreter des Lloyd-Luftdienstes.

Die Lübecker Kommunisten haben beschlossen, hier eine Zeitung herauszugeben. So wurde wenigstens in einer Distriktsversammlung bei Kürz, in der noch nicht zwei Duzend Mitglieder anwesend waren, mitgeteilt. Die Berliner Zentrale ist mit dieser Gründung einverstanden, und sie will sie — da die Mostauer Werkzeuge immer noch sprudeln — auch finanziell unterstützen. Da die Zeitung in Hamburg gedruckt werden soll, handelt es sich wohl um einen Ableger der Hamburger Volkszeitung. Deren Lübecker Ableger soll sich besonders mit dem verhassten Volksboten beschäftigen. Worin wir ab, was das neue Blatt der Weltentrüben uns alles aus Sowjetien vorkaufelt.

Pflicht der Arbeitgeber zur Anmeldeung offener Stellen. Dem Arbeitsamt sind in letzter Zeit vielfach Beschwerden darüber zugegangen, daß noch Arbeitnehmer ohne Vermittlung des Arbeitsnachweises eingestellt werden. Besonders groß sind die Beschwerden aus dem Gastwirtsberuf. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß die Verordnung des Demobilisierungskommissars vom 10. März 1919, wonach alle offenen Stellen dem Arbeitsnachweis zu melden sind, noch Geltung hat. Zukünftig werden alle Übertretungen gegen diese Verordnung ohne weiteres angezeigt werden, weshalb allen Arbeitgebern dringend ans Herz gelegt wird, die Verordnung strengstens zu beachten. Das Arbeitsamt ist zu nächster Auskunft über die Verordnung jederzeit bereit.

g. Die Landesgruppe Lübeck des Verbandes Heimatverlorener Obereschleier protestierte in ihrer letzten Versammlung gegen die Grenel der polnischen Insurgenten. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden Montel hielt das Mitglied G. B. H. ein Referat über die entsetzlichen und polnischen Mordanschlägen in Oberschlesien. Seine Ausführungen gipfelten in folgender Resolution, die einstimmig angenommen wurde: Die heute versammelte heimattreue Oberschlesier der Landesgruppe Lübeck protestieren auf das schärfste gegen die Verewaltung und Rechtsbeugung unserer Heimat, sowie gegen das Blenden und Wenden von Landsteuern durch die polnischen Insurgenten und Horden. Wir bitten den Herrn Minister des Innern zu fordern, daß die Leitung der Interalliierten Kommission in andere Hände gelegt wird, weil der jetzige Leiter das in ihn gesetzte Vertrauen nicht nur nicht gewahrt, sondern geradezu schmachlich gebrochen hat, indem er die polnischen Insurgenten und Mörder direkt und indirekt unterstützt hat. Dadurch sind unsere Landsleute in der Heimat den furchtbaren Greueln und Qualen ausgesetzt. Wir fordern deshalb die sofortige Anwendung des Friedensvertrages, in dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker festgelegt ist. Die Abstimmung hat nach Art. 88 trotz des polnischen Terrors, unter dem Schutze der französischen Soldateska eine Stimmenmehrheit von rund 250 000 Stimmen für Deutschland ergeben. Es kann deshalb nur ein Verbleiben unserer Heimat bei Deutschland in Frage kommen. Wir bitten den Herrn Minister des Innern, auch unseren Protest den vielen anderen Protesten beizufügen und an die Entente zu übermitteln. Der Verband heimattreuer Oberschlesier, Landesgruppe Lübeck. — In der Aussprache wurde u. a. gerügt, daß nach so langen Monaten die hiesige Landesgruppe noch nicht in den Besitz des ihr zustehenden Drittels aus dem gesamten Geldern der Grenzspende gelangt sei. Der geschäftsführende Ausschuh bemerkte hierzu, daß ein Schreiben vor mehreren Tagen an den Ausschuh für die Grenzspende gerichtet worden ist. Leider sei aber bis heute keine Antwort eingegangen. Zu hoffen ist, daß diese Angelegenheit nunmehr bald erledigt wird. In der nächsten Versammlung soll der Ausschuh darüber berichten.

Die Eröffnungsvorstellung des Zirkus Hermann Althoff, der auf dem Burgfeld seine Zelte aufgeschlagen hat, war ausverkauft. Der Name Althoff ist weltbekannt und hat sich auch in

Lübeck in guter Erinnerung erhalten. Seit dem letzten Sterlein vor zwei Jahren ist das Unternehmen weiter vervollkommen, das Werbe- und Tiermaterial wurde wieder auf den alten erblühenden Stand gebracht. Auf dem Gebiete zirkusförmiger Reitkunst wäre in erster Linie die Reiterfamilie Cardinales zu nennen. Im tollen Galopp kreist, wirbelt und springt es da hant durcheinander, überbietet ein kühner Reiter oder Reiterin den andern. Zu zweien, dreien oder gar vieren erpringen sie die prächtigen Pferde und vollführen auf ihnen die schönsten Reiterstücke. Herr Hubert Witrow führt acht glänzende Braunen vor, die jedem Bink ebenso gehorchen wie die 8 Grauschimmel des Herrn Arsen. Auch 3 große Muffentiere, Kammele von gutem und starkem Bau, erregen Aufmerksamkeit. Die Pferde sowohl wie die Kammele haben die Schule von Herrn Direktor H. Althoff durchgemacht. Herzhaft durch die Manege jagt auch die hübsche Baronecciterin Fräulein Dita, sowie die kleine Reiterin Fräulein Solange. Fräulein Minnie Fred erzielte mit ihren Riesenelefanten noch denselben Beifall wie vor Jahren. Etwas ganz Außergewöhnliches bringt Joseph Breder. Die Kunststücke, die er seinen 3 braunen Bären beibringt, grenzen an das Fabelhafte. Sie beweisen, was Geduld und Ausdauer einem Tiere beizubringen vermögen. Den eleganten Rollschuhlauf soll erst einer Meister Peh nachmachen, Burzeldäume schlägt er mit jedem Akrobat um die Wette. Auch im Handstand produzieren sie sich und radfahren können sie fein sein. Fortritt tanzen sie gleichfalls zur größten Belustigung des Publikums. Auf dem Gebiete der Akrobatik ist Mannigfaches vertreten. Rangelli, der Kopfpläuser und Kopfspringer sucht mit seinen waghalsigen Produktionen seinesgleichen. Viktor und Jerome balancieren auf hohem Tischgerüst und zweibeinigen Stühlen, und die drei Collingtons schwingen und fliegen am dreifachen Red mit Beavour. Die mitwirkende Dame bekennt ihre Kraft durch Aufstehen der Klotten Turner am hängenden Trapez. Die Scheitlerbrett-Akrobaten-Truppe Mac TheLons ist hier nicht neu. Sie erregt durch ihre tollkühnen Saltos aber stets größte Bewunderung und ist des Beifalls sicher. Diesen verdienen und erwerben sich in nicht minderer Maße die Kunstfahrer 3 Salvanos, 2 Herren und eine Dame. Hauptächlich erweist sich einer der Herren als unüberwindlich in seinem Fach. Allem Wahnsinnigen die Krone auf legt Diavolo mit seiner offenen Schleifenfahrt. Hoch vom Zirkuszelt rast der todesmutige Artist auf schiefer Ebene herab, und kauft dann in großem geöffneten Kreis in die Manege. Eine aufs höchste gespannte halbe Minute nur dauert der große Vorbereitungserhebende Akt. Er zeigt aber, welche ungeheuren Wagemut in Akrobatenseele steckt. Daß auch Clowns, oder Spaßmacher, wie man sie im netten Deutsch heute nennt, im Zirkus zu finden sind, ist selbstverständlich. Von der besonders originellen Seite haben sie sich aber nicht immer gezeigt, wenn auch lustige und ansprechende Stücke anzutreffen waren. Der Manegekomiker Friß Thaler aber bot Neues. Er brachte auch zwei vierfüßige Kameraden mit, von denen insbesondere der kleine Terzier sich als allfziger Geselle zeigte. Alles in allem boten die 19 Nummern der Eröffnungsvorstellung soviel des Interessanten und Abwechslungsreichen, daß ein Besuch des Zirkus Hermann Althoff mit gutem Gewissen empfohlen werden kann.

Die Gefahren des Badens.

Aus Anlaß des furchtbaren Unfalls in Hamburg, dem sieben Schulfinder beim Baden zum Opfer fielen, macht der Arbeiter-Wasserportverein in Hamburg auf die Gefahren des Badens aufmerksam. Die im nachfolgenden wiedergegebenen Ratsschlüsse suchen auf jahrelangen Beobachtungen der Schwimmwarte und Rettungsmannschaften des genannten Vereines und verdienen weitestgehende Beachtung. Es heißt da:

Wie in jedem Jahre, kann man bei Beginn der Sommerzeit in allen Seen und Flüssen, namentlich auch in den Freibädern sehen, daß das Bedürfnis der Menschen, sich zu baden, groß ist. Ueberall herrscht reges Babel. Leider finden Jahr für Jahr Tausende den Tod in den Fluten, zum größten Teil durch Unvorsichtigkeit und Uebermut. Gerade tüchtige Schwimmer wagen sich oft weit hinaus und merken plötzlich, daß sie durch die Strömung weit fortgetrieben sind. Sie versuchen nun durch Aufbietung aller Kräfte, den Ort wieder zu erreichen, von wo sie aus ins Wasser gegangen sind. Die Kräfte werden bald verbraucht sein und ehe Hilfe vom Ufer begehrt wird, ist der Schwimmer verlunten. Man entferne sich daher nie zu weit vom Ufer, und falls dies doch einmal geschehen ist, so vergebne man keine Kraft nicht durch ein „gegen den Strom schwimmen“, sondern schwimme mit dem Strom in einem stumpfen Winkel zum

Das große Tor.

Roman von Wilhelm Cremer.

84. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Es war kaum ein Wert, wie er immer gleich Abnehmer fand. Als dann das Geschäft stot in Gang war, hielt er es zwar nicht mehr so pünktlich mit dem Kommen des Morgens. Manchmal fehlte er überhaupt bis nach Mittag, und dann wußte Wittkamp, daß er wieder die ganze Nacht im Kaffeehaus geessen und gespielt hatte. Aber das Geschäft lief dadurch keinen Augenblick. Wels konnte sich, was das Arbeiten anging, auf die beiden Gehilfen verlassen, und er wußte, daß Wittkamp sehr gewissenhaft war. Im übrigen sah er die geringste Kleinigkeit und ließ keine Nachlässigkeit einreißen.

Darin war er Amerikaner, daß in seinem Geschäft jede Arbeitsmöglichkeit ausgenutzt wurde. Die gut bezahlten Gehilfen arbeiteten sich freilich nicht in Schweiß, aber den Greenhorns wurde ein ungeheurer Respekt vor der amerikanischen Arbeit beigebracht, und sie waren stets in fieberhafter Tätigkeit.

Wittkamp und Wels dachten sich jetzt, und wenn sie nach Geschäftsschluss bei einem Glase Bier zusammenkamen, dann pflegte sich der Wiener über seine privaten Verhältnisse, über seine Frau, über Spielverluste und dergleichen sehr ungeniert auszusprechen. Er hatte für jeden Mensch ganz instinktiv eine andere Art, ihn zu behandeln, und Wittkamp gewann er durch seine Offenheit.

„Nieder Freund, i bin Geschäftsmann. I mach mit schon kein Gewissen draus, die Lits liegen zu lassen, wann dös für mi besser wär. Aber i brauch an Menschen, auf den i mi verlassen kann. So an, wie du bist, find't mer net so leicht. I könnt auch net mit an jeden arbeiten.“

Und dann begann er wieder das ganze Glend des Zusammenlebens mit seiner Frau zu schildern.

„Ja, wann i mei Alte net hatt. Aber lo geh i lieber am Abend zum Salinger oder zu an Madel. I will doch auch was vom Leben haben.“

einmal alles im Spiel oder bei Frauenzimmern verbracht hatte, und daß das Geld, das er mitbrachte, vielleicht nur von einem Freunde geliehen war.

Jetzt aber gab er regelmäßig jede Woche 25 Dollar, von denen sie die Hälfte zurückerlöste. Und wenn er auch einmal lange ausblieb, dann kam er doch wenigstens des Morgens nach Hause und schiefte sich aus, und sie hatte nicht den nächsten Abend unter seiner schlechten Laune zu leiden.

Die ganze Veränderung schrieb sie dem guten Einfluß Wittkamps zu und überschätzte ihn mit freundlichen Redensarten. Aber er wußte ihr aus, so viel er nur konnte. Er wußte, daß Martha sie verabscheute, und konnte sich auch selbst eines gewissen Glets vor ihr nicht erwehren, sie mehr er sie kennen lernte.

Im ganzen Hause sprach man von ihrer verrückten Liebe zu ihrem Hund Nero, einem schmutzigen, verwöhnten Bastardtier, das fast vor Fett erstarrte. Sie trug den Hund den ganzen Tag herum, schief mit ihm, ging mit ihm in die Badewanne und hatte ihn beim Essen auf dem Schoß sitzen, wobei sie die Bissen abwechselnd mit ihm teilte. Stundenlang konnte sie mit ihm spielen und ihn küssen, und dann sang sie nach einer läppischen Kindermelodie immer wieder dieselben sinnlosen Liebeslieder. Wittkamp sah selbst einmal, wie der Hund etwas von ihrem Teller aufleckte. Aber sie machte sich nichts daraus. „O du süßes Stinker!“ sagte sie und aß ruhig weiter.

An Stelle Amtes, die von Chicago häufig Karten schickte und sehr glücklich war, hatte sie jetzt ein Zimmer an eine polnische Jüdin vermietet; denn sie war immer dabei, ihren Verdienst zu vermehren.

Das Mädchen hieß Selma und war Konfektionsarbeiterin. Trotzdem sie erst fünfundsiebzig Jahre alt war, war sie schon ganz verlehrt und abgearbeitet und sah mit dem krankhaft bleichen Gesicht und der großen Hakennase wie eine Hege aus.

„I hab jetzt zwei Herren zu Haus!“ pflegte Wels zu sagen.

Das Mädchen zante sich schon am ersten Tag mit Frau Wels, die beiden konnten sich gar nicht ausprechen, aber sie blieben doch zusammen. Frau Wels war wußte die Stärkere, und am Tage, wenn sie allein war, erlanni sie allerlei Bosheiten, um die Polin zu ärgern. Besonders gern beschmuckte sie deren Kleider, indem sie darin bei Regenwetter ausging, oder sie ruinierte absichtlich etwas daran. Des Abends gab es dann eine grobe Schlägt, die Wels fröhlich zum Anlaß nahm, um sofort auszugeben.

Wittkamp gegenüber suchte Frau Wels immer das Gespräch auf Martha zu bringen, wobei sie sich in allerlei Andeutungen er-

ging. Das einzige, was sie wußte, war der Besuch Gustav Wenders, und da dieser junge Mensch nicht mehr wiederkam, so war sie überzeugt, daß er sich heimlich mit Martha irgendwo treffe. Aber sie wollte nichts gesagt haben.

Wittkamp unterdrückte jedesmal seinen Mergel, wenn sie mit solchen Worten kam. Er hielt sie für geistig nicht normal und blieb ihr gegenüber so zurückhaltend wie möglich.

Aber er merkte nicht, daß alle diese Verdächtigungen und Andeutungen allmählich in ihm Wurzel schlugen und zu wirken begannen. Seine Gedanken durchgingen alle Erinnerungen von dem ersten Zusammentreffen mit Martha an, aber immer wieder blieben sie an dem einen Punkt hängen. Das war der Nachmittag, an dem Bender zurückgekommen war. Von dem Zeitpunkt an hatte sie sich vollständig verändert. Freilich hatte sie gerade damals auch ihren Zustand erdacht, aber das konnte doch der Grund nicht sein für eine so vollständige Veränderung ihres ganzen Wesens.

Vergebens versuchte er sich einzureden, daß Frauen, die ein Kind erwarten, oft so seltsam sind. Er mußte genau, wie schreckhaft und ängstlich sie war, aber wenn ihr jemand etwas getan hatte, dann konnte es nur Bender sein, denn von jedem andern hätte sie es erzählt. Es ergriß ihn eine immer wachsende Bitterkeit, weil sie ihm kein Vertrauen schenkte, und eine fast unbewegliche Eifer suchte auf ihre Gedanken, die nicht mehr bei ihm waren.

Manchmal war er nahe daran, seine verhaltene Leidenschaft über seinen Zorn und seinen verwundeten Stolz in härteren Worten ausbrechen zu lassen. Er haßte seine Hände und empfand einen heißen Trieb, sie anzufassen und mit Gewalt zu zwingen, ihm alles zu sagen. Aber immer wieder sanken seine Arme schlaff herunter, wenn er ihre ergebene, demütige Miene sah, und vor dem Bild ihrer großen, leidenden Augen war er machtlos.

Wenn er nur gewußt hätte, wie sehr es sie nach dieser Aussprache seines Zornes, seiner Energie, seiner Hoheit erschütterte, um endlich aus dieser ungeheuren Spannung herauszukommen, von der sie erwürgt wurde. Nur nicht diese Rücksichtnahme, mit der er ihre Weiblichkeit und ihrem Zustand begnadete, nur nicht diese verzeihende und bemitleidende Liebe, die sie wie Feuer brannte! Er hätte sie schlagen sollen, er hätte ihr die Klatschen reißen der Frau Wels wiederholen sollen — denn sie wußte, daß die mit ihm über sie gesprochen hatte, er hätte so wie Bender sein sollen, nur damit sie endlich den Mut zu sich selber fand, damit sie ihm alles sagt und ruhig liegen konnte. Aber gerade sein Mitleid war für sie nur äußerste Mitleidlosigkeit.

Der englische Bergarbeiter-Streit.

Verhandlungen zwischen Lloyd George und Bergarbeitern und Grubenbesitzern haben ansehender über den letzten Punkt nicht hinwegzukommen vermocht. Wie amtlich bekanntgegeben wird, übernahm Lloyd George den Vertretern der selben Vorschläge, die in weitem Maße sich der bereits bekannten Richtschnur anschließen. Er schlug ein vorläufiges Abkommen vor, das eine stufenweise Herabsetzung der Löhne vorsieht, mit einem Zuschuß des Schachtmates in Höhe von 10 Millionen Pfund Sterling, zur Deduktion des Schichtbetrages. Die Grubenbesitzer würden in den Bezirken, in denen Staatshilfe in Anspruch genommen wird, für drei Monate einen bestimmten Gewinnlafs abtreten. Ein für die Dauer berechneter Plan schlägt eine Regelung des Streites entweder durch ein nationales Lohnamt vor, das sich aus einer gleichen Anzahl von Bergarbeitern und Grubenbesitzern mit einem neutralen Vorsitzenden zusammensetzt, oder durch einen Gerichtshof mit drei Mitgliedern oder durch einen einzelnen Schiedsrichter. Der Beschluß soll für 12 Monate bindend sein. Eine derartige Körperschaft soll auch die Lohnfragen und das Verhältnis der Gewinne zu den Löhnen der Bergarbeiter entscheiden. Der Exekutivausschuß beschloß, die Vorschläge Lloyd Georges den Bezirksversammlungen vorzulegen.

Streik in Norwegen.

Seit Freitag befinden sich etwa 150 000 organisierte norwegische Arbeiter im Ausstand, um die streikenden Seeleute in ihrem Kampfe gegen die von den Reedern beabsichtigte Lohnherabsetzung zu unterstützen. Die bisherigen Verhandlungen zwischen Reedern und Arbeitern haben zu keinem befriedigenden Resultat geführt. Obgleich bisher nirgends die Ruhe gestört worden ist, hat trotzdem die Regierung im ganzen Lande das Meer mobilisiert. Polizei und Militär bewachen die stillen Häfen. Um die Gefahren zu verschärfen und um noch mehr Erörterung herbeizuführen, beschloß die konservative Mehrheit im Rathaus von Christiania, die freien Wahlzeiten für 11 000 Schulkinder einzustellen, weil diese Speisung indirekte Unterstützung der Streikenden sei. (11)

Eine Montag abend eingelaufene Meldung aus Christiania lautet: In der Provinz ist der gestrige Tag im allgemeinen ruhig verlaufen. Nur in Drammen kam es zu Straßenunruhen, bei denen ein Revolververstoß in die Luft abgefeuert wurde.

Kleine politische Nachrichten.

„Le Peuple“ meldet, daß in Brüssel eine belgische kommunistische Partei gegründet worden ist, welche sich der dritten Internationalen in Moskau anschließen will.

Das republikanische Handelsministerium in Irland hat eine Verordnung erlassen, wonach gewisse Artikel nicht aus England, wohl aber aus anderen Ländern eingeführt werden dürfen.

Der oberschlesische Krieg.

Von einem Neutralen.

Als ich Korfanty im Januar 1921 besuchte, fragte ich ihn, was geschehen würde, wenn das Industriegebiet nach der Abstimmung Deutschland zugesprochen würde. Er antwortete mir: „Dann gibt es einen bewaffneten Aufstand.“ Es ist ohne Zweifel, daß der polnische Abstimmungskommissar den Obersten Rat zu Paris nach dem für seine Erwartungen ungünstigen Wahlergebnis vor ein „fait accompli“ stellen wollte. Und anfangs Mai schritt Korfanty zur Tat.

Um diese Zeit überschritten unbewaffnete Oberschlesier in großer Menge die polnische Grenze. Sie trugen bewaffnet aus Polen zurück. Hinter ihnen folgten Feldküchen, Geschütze, Lastautos und Wagen, die mit Munition und Lebensmitteln beladen waren. Das war der bewaffnete Aufstand, den Korfanty prophezeit hatte. Zu den Insurgenten stießen polnische Freiwillige, die teils die graublauweiße Uniform der Kaiser-Armee, teils die Khatikleidung des regelrechten polnischen Heeres trugen. In wenigen Tagen besetzten die Insurgenten, die ziemlich gut diszipliniert waren, die ganze Provinz, westlich bis zur Oder, nördlich bis Kofenberg. Deutsche Abtunungspolizisten und italienische Soldaten leisteten zwecklosen Widerstand. Die französischen Besatzungstruppen sahen zu. Was die Insurgenten in den ersten Tagen befehligten, das hatten sie heute noch. Ihnen gegenüber stehen jetzt deutsche Freiwillige, die zu schlecht bewaffnet sind und zu wenig Munition haben, um einen allgemeinen Gegenangriff erfolgreich durchzuführen.

Der Zweck des Aufstandes ist: Oberschlesien für Polen zu gewinnen. Er wurde von Korfanty und seinen Helfern vorbereitet und vor ihnen entfesselt, unter Mitwirkung von mindestens einem Teil der polnischen Regierung und des polnischen Generalstabs, mit Hilfe polnischen Kriegsmaterials und unter Duldung der französischen Besatzungstruppen.

Was die bei Korfanty stehenden Oberschlesier seiner Agitation und seinen Wünschen zugänglich machte, sind verwickelte Ursachen. Die polnisch sprechenden oberschlesischen Massen sind durch das frühere preussische System unterdrückt worden. Ihre Anlehnung gegen das Preussentum ist von den polnischen Propagandisten und Agitatoren geschickt ausgenutzt worden. In Oberschlesien bildeten die Preußen die Herrschaft, während die Arbeiterheere, die zu neunzehntel polnisch sprechen, die Unterdrückten waren, die vom Sprachenparagrafen und anderen Schikanen betroffen waren und denen jede Möglichkeit zum wirtschaftlichen Aufstieg genommen war. So entstand ein antipreußischer Klassenhaß, der sich zu einem starken polnischen Nationalismus entwickelte. Der Aufstand ist bis zu einem gewissen Grade ein proletarischer Freiheitskampf. Dieses Grundmotiv, ohne das der Aufstand unmöglich gewesen wäre, ist derzeit mit künstlich erzeugtem Nationalismus überladen, daß man es kaum noch erkennen kann. Das ist die Tragik des Aufstandes, daß Korfanty den berechtigten Freiheitskampf der unterdrückten Massen zu rein nationalitätlichen Zwecken ausgenutzt hat. Die Aufständigen, die sich „Polen“ nennen, sind in der Mehrzahl Oberschlesier, genau wie die Mehrzahl ihrer Gegner, die sich als „Deutsche“ bezeichnen.

Der Bürgerkrieg wird wie ein Krieg zwischen zwei Völkern geführt. Ein „Deutscher“, den ich in einer „deutschen“ Stellung bei Gogolin traf, sagte mir, er hätte vor einigen Tagen an einem einzigen Morgen fünfzehn „Polen“ erschossen. Er hat aber wenig Freude an seinem Handwerk, denn „der Pole“, so sagte er: „ist kein Hochwird, sondern ein Schweinewid.“ Auch gab es „Deutsche“, die ich in jenen Frontstellungen traf, einmütig zu, daß sie keine Gefangenen machen und die gefangenen „Polen“ umbringen. Die „Polen“ sind „deutsche“ Gefangene und Verschwender gegenüber nicht liebenswürdiger. Die „Deutschen“ können wegen Munitionsmangel nicht in großen Stille angreifen, weil sie nicht von Deutschland unterstützt werden, wie die „Polen“ von Polen aus. Das ist ein Glück, denn sonst wäre vielleicht der jetzige Kleinrieg zu einem sehr blutigen großen Krieg zwischen Polen und Deutschland geworden, dessen Ausgang für Deutschland kaum günstig sein konnte.

Natürlich wird von polnischer und französischer Seite bestritten, daß die Insurgenten von Polen unterstützt werden. Am 25. fand ich an der polnischen Grenze, zwischen Schopping und

Sosnowice. Die Grenze ist ein kleiner, von einer Holzbrücke überspannter Fluß. Es gab einen sehr regen Verkehr zwischen den beiden Ländern. Autos kamen und gingen. Ich sah einen Trupp von ungefähr zehn Insurgenten aus Oberschlesien über die Brücke hinweg gegen Sosnowice in Polen marschieren. Alle Hallersoldaten, polnische Grenzposten mit russischen Gewehren und Bajonetten, französische Alpenjäger, Insurgenten in Arbeitskleidern, polnische Offiziere mit Lastkisten und ordensbeladener Brust bildeten ein buntes Durcheinander.

Plötzlich kam ein Auto heran. Darin war Korfanty, den die polnische Regierung abgeleugnet hat, und neben ihm saß der polnische Konsul Kijinski aus Oppeln. Korfanty behauptete bei meiner Unterredung, die ich mit ihm an dieser Stelle hatte: die Interalliierte Kommission sei für alles verantwortlich. Er selbst habe sich nur an die Spitze des Aufstandes gestellt, um Mord und Plünderungen zu verhindern. Korfanty schien mir recht verstimmt, sagte jedoch, die Ausfühler seien für seine Leute sehr gut. Später kam ich mit polnisch gesinnten, oberschlesischen P.P.S. Gewerkschaftsführern zusammen, die in ihrer gutmütigen, nüchternen und bleibenden Art von den deutschen Gewerkschaftsbeamten nicht zu unterscheiden sind. Auch jene waren hoffnungslos und glaubten, die Aufständigen würden ihr Ziel erreichen, „wenn ihnen nicht England in den Rücken fällt“.

Trotzdem muß der Aufstand an der eigenen Verlogenheit innerlich zusammenbrechen. Die „polnische“ Front wird wohl noch einige Zeit halten. Unter der polnisch gesinnten Arbeiterschaft ist jedoch wachsende Unzufriedenheit. Zwischen den Arbeitern und „Frontsoldaten“ wächst die feindselige Stimmung. Vielleicht wird es sogar einen Aufstand innerhalb des Aufstandes geben. Den großen Industriestädten mangelt die Lebensmittel. Nur in wenigen Gruben wird gearbeitet, und die Kohlen können nicht abtransportiert werden. Die Arbeiter bekommen keinen Lohn mehr und streiken immerfort, obwohl sie jetzt nicht mehr wissen gegen wen. Eisenbahnzüge fahren ganz vereinzelt. Nachts hört man ständig Gewehr- und Maschinengewehrfeuer. Die allarmierendsten Gerüchte verbreiten sich. Was ist in Beuthen war, wurde die Postzeitung von 9 auf 8 Uhr abends herabgesetzt. Allgemein vermutete man, es werde ein Nachtangriff der Insurgenten befohlen. Tatsache war aber, daß sich der französische Kommandant der Stadt über seine wöchentliche Gasrechnung geärgert hatte, daß er aus reinem Ingrimm den verschärften Belagerungszustand über Beuthen verhängt hatte.

Die Interalliierte Kommission hat alle Autorität verloren. Die englischen und italienischen Offiziere schimpften Tag und Nacht auf die Franzosen. In Hindenburg hatten die Franzosen den Belagerungszustand verhängt. Die „Polen“, die mit den Franzosen die Stadt besetzt hatten, erklärten jedoch ihren eigenen Belagerungszustand und schlugen Biakate mit der Bekanntmachung an, daß der französische Ausnahmezustand ungültig sei.

Was soll aus diesen wirren Zuständen werden? Wenn es noch lange so weitergeht, werden die großen Städte hungern. Vielleicht artet Korfantys Armee in ein Bandenwesen aus; vielleicht fühlten sich die „Deutschen“ stark genug, um anzutreten. Dann wird der polnische Nationalismus neu auflauern und wird sich mit kriegerischem Widerstand und Sabotageakten wehren. Vielleicht bleibt das ungefähre Gleichgewicht und die oberschlesische Bevölkerung leidet unter dem Korfantypuls, bis englische Truppen die Korfantymarmee vertreiben. In diesem Falle wird in Oberschlesien der polnische Nationalismus, der in diesen Tagen großes Unglück und Elend ins Land getragen hat, für alle Zeit diskreditiert sein und einen Schlag bekommen, von dem er sich nicht mehr erholen wird.

Aus aller Welt.

Ein gestohlener Rubens. Nach einer Blättermeldung aus Wiesbaden wurde dort aus einer Privatwohnung ein Gemälde von Rubens im Werte von 200 000 Mk. gestohlen. Als Täter kommen drei junge Leute in Betracht, die sich als Heidelberger Studenten ausgaben und dadurch Eingang in die Wohnung erhalten hatten.

Ein Fund altägyptischer Wäsche. Ein merkwürdiger Fund ist bei den jüngsten Ausgrabungen der Expedition des New Yorker Metropolitan Art Museum gemacht worden, die auf der Stätte des altägyptischen Theben stattfanden. Man brachte eine Mumie ans Licht, die augenscheinlich mit der ganzen Wäsche ihres Haushalts begabbar worden war. Wie eine der Mitglieder der Expedition, der Archäologe Walter Hauser, berichtet, befanden sich darunter etwa 40 prachtvolle leinene Tischtücher, die sehr groß und alle mit Franzen geziert sind. Das Leinen hat einen schönen goldbraunen Ton angenommen und befindet sich in vorzüglichem Erhaltungszustand. Bei einigen der Tücher wurden Spuren sorgfältiger Ausbesserung festgestellt.

Aus dem Joch in den Tod. Aus Kalkutta wird gemeldet: Die Bewegung der indischen Arbeiter der Tee-Plantagen, die unter Einfluß politischer Agitatoren in Massen das Gebiet von Assam verlassen, geht zurück, die Lage der Fischlinge aber wird sehr schwierig. So gibt es in Shandpur eine Anzahl Fischlinge, die ihre Reise mit einem Dampfer fortzusetzen versuchten, um in ihre Heimat zu gelangen. Sie wurden jedoch in Shandpur zurückgehalten, weil sie ihre Reise nicht bezahlen können. In dem Gebiete greift auch die Cholera um sich. Nach einer späteren Meldung versuchten die Teearbeiter auf einem Dampfer zu bringen, sie wurden aber vertrieben. Dreißig von ihnen wurden leicht verletzt.

Ein Waffenfund im Mansoleum. Wie uns aus Bielefeld gebracht wird, nahmen am Sonnabend auf Grund einer Anzeige Beamte der Erfassungs-Abt. Wilmter eine Untersuchung des Mansoleums der Grabstätte der in Zatenhausen bei Halle i. Westf. wohnenden Familie des Grafen Rosff-Schmiesing vor. Sie entdeckten unter dem Dach 760 Gewehre, 10 leichte und 6 schwere Maschinengewehre sowie 34 Kisten mit Munition. Der Fund wurde von der Bielefelder Schutzpolizei nach Bielefeld gebracht, Graf Rosff erklärte, daß er von den verborgenen Waffen nichts wisse. Die Untersuchung ist eingeleitet.

17 Bergarbeiter im Schacht ertrunken! Das wolkendruckartige Unwetter, das am Freitag und Sonnabend in Mitteldeutschland niederging, hat ein schweres Unglück in den anhaltischen Zehlewerten, Abteilung Zehau, zur Folge gehabt. Durch das Hochwasser des Zehlebaches hatte sich ein Stausee gebildet, der am Sonnabend plötzlich in den Schacht eindrang, in dem sich 21 Bergleute befanden. Vier von ihnen konnten sich retten, die übrigen 17 sind in der Flut umgekommen.

Größere in Berlin. Zwei größere Brände entstanden im Osten Berlins. In der Ruhlenstraße war ein Lumpenpeicher in Brand geraten wodurch Millionenwerte vernichtet wurden. Mit 18 Schlauchleitungen ging die Feuerwehr gegen den Brandherd vor. Die Hitze wurde so groß, daß die Brandmauern des zweistöckigen Speichers, der bereits schon verfallene Mauer gebrannt hat, nachgeben und zusammenstürzen. Von den Gebäuden auf einem benachbarten Grundstück war nichts mehr zu retten. Das zweite Feuer entstand in einer Futtageländung, wodurch ebenfalls Millionenwerte vernichtet wurden.

Schweres Flugunglück in den Vereinigten Staaten. Bei heftigen Sturm ist ein Militärflugzeug im West-Virginien aus großer Höhe abgestürzt. Es hatte 5 Offiziere und 2 Zivilisten an Bord, die sämtlich getötet wurden.

Volkswirtschaft.

Freude an der Arbeit.

Wer schon einmal Gelegenheit genommen hat, in Museen oder alten Kirchen die Erzeugnisse mittelalterlicher Handwerkskunst zu betrachten, wird erkannt sein, mit welcher Gewissenhaftigkeit die Arbeiter in allen Einzelheiten ausgeführt sind. Die ganze Seele, das ganze Gefühl hat der Handwerker in seine Arbeit hineingelegt. Die Freude, mit der er sein Tagewerk verrichtete, spricht aus jeder Linie. Wie groß ist der Abstand zwischen diesen Erzeugnissen mittelalterlichen Gewerbeselbes und modernen Fabrikwaren!

In diesem Gegensatz prägt sich der ganze Entwicklungsprozess aus, den wir bis zur Großindustrie zurückgelegt haben. Im handwerksmäßigen Betriebe stellte der Arbeiter ein Stück Arbeit in allen seinen Teilen her. Es wuchs ihm unter den Händen. In seiner ganzen Gestaltung war es sein Werk, in das er seinen ganzen Fleiß, seine ganze Tüchtigkeit legte. So wurde es zu einem Stück seiner Persönlichkeit. Dann aber entwickelte sich das Werkzeug zur Maschine. Der Dampf und die Elektrizität traten als Mitarbeiter zum Menschen. Das Tempo der Arbeit beschleunigte sich. Die Maschine ward Dienerin und Herrscherin zugleich, Dienerin wachsender Bedürfnisse und Beherrscherin des Arbeiters. Der Arbeiter stellte nun nicht mehr ein Erzeugnis in allen seinen Teilen fertig, sondern ihm wurden nur Teile der Erzeugnisse zugewiesen. Die Beschränkung auf wenige Handgriffe vermehrte seine Übung und gestattete die größtmögliche Ausnutzung der Maschine. Seine Arbeit verlor aber damit den persönlichen Zusammenhang mit ihrem Schöpfer, sie wurde durch die fortschreitende Mechanisierung entseelt. Immer größere Arbeitermassen wurden von der Maschine in den Banankreis der Fabriken gezogen, immer rascher wurde das Tempo des Arbeitsvorganges. So verlor sich die innere Anteilnahme des Arbeiters, die Freude am Schaffen entschwand.

Es hat keinen Zweck, entschwindenden Zeiten nachzutraumern. Die Zeiten, in denen ein Werkstück behäuflich aus der Hand des Arbeiter zu heute schafft für den Markt der ganzen Welt; keine Erder Zukunft herrscht die Maschine, regieren Dampf und Elektrizität. Trotzdem braucht die Freude an der Arbeit nicht unwiderrbringlich dahin zu sein. Sie kann wiederkommen, wenn es gelingt, wieder einen inneren Zusammenhang zu schaffen zwischen dem Arbeiter und seinem Werk.

Der Handwerker versessener Jahrhunderte arbeitete für einen beschränkten Bedarf, in der Regel nur auf Bestellung. Der Arbeiter von heute schafft für den Markt der ganzen Welt; seine Erzeugnisse führen die Eisenbahnen über die Grenzen der verkehrten Länder, Dampfschiffe tragen sie über die Fluten der Weltmeere. Wie er gibt, so empfängt er auch. Seine Nahrung, Kleidung und seine Genussmittel kommen aus allen Erdteilen. So findet ein fortwährender Austausch der verschiedensten Güter statt. Wie die einzelne Fabrik, so kennt auch der Weltmarkt eine Arbeitsteilung. Und welche Wirkungen eintreten, wenn ein Glied in der Kette der schaffenden Völker fehlt, das zeigte der Krieg und die ihm folgende Zeit. Der Weltmarkt kann nur dann richtig wirksam werden, wenn ihm kein Volk den Tribut versagt. Im anderen Falle ist er gestört und rächt sich durch Hungersnot, Arbeitslosigkeit und wachsendes Elend.

Diese Zusammenhänge gewinnen an Interesse für den Arbeiter, wenn er sie bewußt wahrnimmt und bewußt auf ihren ungehörten Verlauf hinwirkt. Es ist die Idee des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter, ihn in diesen vielgestaltigen Vorgang der Weltwirtschaft als fruchtbarer Mitarbeiter einzustellen, der an seinem Teile beiträgt zu einem möglichst reibungslosen Umlauf der Güter. Das Bewußtsein, ein unentbehrliches Glied in der wichtigen Kette der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge zu sein, kann ihm die Freude an der Arbeit wiederbringen und den wertvollen Antrieb zur Tätigkeit, der aus jener entspringt. Nicht mehr aus dem einzelnen Stück Arbeit, das aus seinen Händen hervorgeht, allein wird dann seine Persönlichkeit sprechen, seine Seele und sein selbständiges Empfinden werden sich überall ausprägen, wo Arbeit sich gegen Arbeit austauscht. Ein Zeitalter, viel größer als jenes, da die mittelalterlichen Handwerker wirkten, wird anbrechen; die Freude an der Arbeit und das innige Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Völker werden sein Weltgestirn sein.

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 31. Mai.

Amliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	31. Mai.	30. Mai.
Holland	100 fl.	2177.50
Kopenhagen	100 Kr.	1117.50
Stockholm	100 Kr.	1447.50
Kristiania	100 Kr.	967.50
Helsingfors	100 Finn. Mk.	128.50
Schwiz	100 Frs.	1107.50
Wien (alt)	100 K.	—
do. (neu)	100 K.	15.50
Budapest	100 K.	26.87
Prag	100 K.	91.75
Spanien	100 Pesetas	825.—
London	1 £	245.—
Paris	100 Frs.	524.—
Belgien	100 Frs.	524.—
Italien	100 Lire	834.50
Bukarest	100 Lei	104.50
N. York telegr. Anz.	1 Doll.	63.50
do. briell. Anz. od. Schenk		63.25

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 31. Mai 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Tage	Freiheit
D.		Delphin	Wente	Rolding	1	
D.		Westfalia	Uder	Rolding	1	
Angelommen am 1. Juni 1921.						
D.		v. Schill	Risting	Hyöpping	8	
D.		Tarman	Müller	Kopenhagen	16	
D.		Trabe	Böse	See	18	

Verantwortlich: für Politik Dr. J. Leber; für die Rubrik Preußenstaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaftsbewegung August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meiner & Co. sämtlich in Lübeck.

